

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 10/11, durch die Post und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Wochens 20 Pf. Postgebühren für A. B. C.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 1206.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 41.

Sonntag, den 18. Februar 1905.

16. Jahrgang.

30,000 Mk. für den Kronprinzen, keinen Pfennig für die Bergleute!

Das ist, in einem Satze zusammengefaßt, das Ergebnis der gestrigen Beratung in der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung, soweit sie sich mit dem sozialdemokratischen, von fünf freisinnigen Abgeordneten unterstützten Antrag auf Bewilligung von 5000 Mk. Unterstützung für die in Not geratenen Bergleute im Ruhrrevier befaßte. Vereis in der vorletzten Sitzung der Stadtkörpers hatten sich unsere beiden einzigen Vertreter im Gemeindeparslament bemüht, um eine Anzahl Unterschriften für den unfernen Lesern bereits bekanntem Antrag zu gewinnen, der folgenden Wortlaut hatte:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, 5000 Mark als einmalige Unterstützung an die durch den Ausbruch in Not geratenen Bergleute des Ruhrreviers zu zahlen und diesen Betrag dem Haupt-Extrordinarium für das laufende Jahr zu entnehmen.

Unsere Genossen stützten sich dabei auf gleiche Anträge in der Gemeinde Spandau, Frankfurt a. M., Wülhausen l. S., zu denen sich später noch Mainz, Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen u. a. gesellten. Sie kamen freilich dabei schlecht an. Mit Ausnahme von fünf linksfreisinnigen und sozial-liberalen Herren fanden sie strikte Ablehnung, der Führer der freisinnigen Mehrheit verschonte sich hinter die tiefinnige Maske, er wolle keinen Anreiz zu Streiks in Mittel- und Obereschlesien geben. Nachdem das waltende Haupt der Gemeinde also entschieden, war die Frage auch für alle unselbstständigen liberalen Glieder gelöst — und deren sind nicht wenige.

„Wenn Heilberg nicht unterschrieben hat, dann unterschreibe ich auch nicht“, das war der bündige achtunggebende Bescheid, den Genosse Schuy bei seiner Unterschriftensuche mehr als einmal erhielt, von diesem hohen Throne der Männlichkeit stieg auch keiner der Helden mehr herab. Schläger gedachten's die Herren von der liberal-konservativen Fakultät anzustellen, sie benutzten die achtstündige Bedenkzeit, um eine Anzahl fadensteineriger formeller Einwände herauszufinden, mit denen sie den Antrag hinterrücks zu Falle bringen wollten. Wie nicht anders zu erwarten, setzten sie sich dabei noch tiefer in die Dünne, als die liberalen Angstmeier. Herrn Vellerode, dem Wortführer der reaktionären Staatsrechtler, fuhr der Schreck so in die Glieder, daß er seinen fein säublich zurechtgemachten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung überhaupt einzureichen vergaß. Doch unsere Leser mögen sich an der Hand des folgenden etwas ausführlicheren Sitzungsberichtes selbst über die Verhandlungen informieren. Zunächst nahm das Wort zur

Begründung des Antrags

Genosse Sätze: Meine Herren! Zur Begründung unseres Antrags brauche ich wohl wenig anzuführen, um die Notlage, die Bedürftigkeit und Würdigkeit der zu unterstützenden Bergleute zu beweisen. Sie alle kennen den großen Kampf, der sich im Ruhrkohlen-Revier abgepielt hat. Von einer übermächtigen, steinernen und

hartberzigen Unternehmerschaft, von einer dem ganzen Volke unheimlich Kapitalistengruppe wurden 200,000 Bergleute durch Schlichtverhandlungen, durch Wagnen und Lohnkürzungen in einen Streik gedrängt, der 24 Tage gedauert hat und über viele Familien Not und Elend brachte. Auf welcher Seite in diesem gewaltigen Kampfe das Recht war, das braucht nicht mehr erörtert zu werden, nach dem die Regierung selbst ein Berggesetz angelündigt hat, welches die hauptsächlichsten Forderungen der Bergleute auf gesetzlichem Wege zur Einführung bringen will, nachdem evangelische Pastoren, ja eine Synode, sich auf Seiten der Streikenden stellten (Unruhe), Kriegervereine zu ihren Gunsten eintraten (Doh!), Kirchenfürsten den Anständigen Spenden zukommen ließen (Unruhe), viele bürgerliche Kreise Sammlungen einleiteten, ja, wie im bekannten Fall Hülssen, die Schäre sich gegen die Väter wendeten, weil ihr Herz noch nicht ganz verhärtet war. (Starker Widerspruch.) In einem gerechten Kampfe, den die Angehörigen des schwersten, gefährlichsten und wichtigsten Berufes gegen die Millionäre führten, die sich je dem Wunsch angeschlossen und selbst den Regierungsvorstreitern gegenüber zu tauglich zeigten, haben die Schwächeren Wunden erhalten, die wir heilen helfen können. (Ausbauende Unruhe.)

Mehr als die Frage nach der Bedürftigkeit der zu unterstützenden wird die andere zur Debatte kommen, ob es sich empfiehlt, gerade von Gemeinbewegen eine Unterstützung zu bewilligen. Dazu hätte ich folgendes zu bemerken: Die Stadt Breslau hat es sich nicht nehmen lassen, immer wenn durch besondere Umstände in Not geratene Handlente sie um Hilfe anriefen, die Hand aufzutun, und erst im vergangenen September haben Sie, meine Herren, nicht nur den durch eine Feuersbrunst Geschädigten in Ratiborhammer 1000 Mk. Unterstützung bewilligt, sondern in weitgehender Generosität bis nach Württemberg und in den Böhmerwald, zu den Gemeinden Jäsel und Winterberg, ihre milde Hand gestreckt. Solche Hilfsaktionen haben niemals den Widerspruch meiner Parteifreunde gefunden, aber viel unangenehmer ist die Not, die jetzt im Gefolge des Kohlenstreiks auftritt. Und abgesehen davon haben die Gemeindeväter in diesem Falle gar keine Ursache, in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit neutral bei Seite zu stehen, denn sie haben ein hohes Interesse daran, daß die Macht der Begeben nicht in Ungemessene wachse. So wie diese auf der einen Seite die Arbeiter auszubrennen (Unruhe) und um den Ertrag ihrer Arbeit beschließen (Wohlfahrts-? Stroh?), so bemühen sie auf der anderen Seite die Konsumenten zu zwingen neben dem Eisenbahnstaus die deutschen Gemeinden geföhren. Im Ministerstuhle und Gemeindeparslamente ist schon oft das Klagenlied von der Uebermacht der Kohlen Syndikate gesungen worden und wenn etwa eingewendet werden sollte, daß Breslau seinen Kohlenbedarf ja aus Oberschlesien bezieht (Sehr richtig!), dann muß ich darauf erwidern, daß selbstverständlich auch diese Preise nicht unabhängig sind von den Syndikatspreisen, die zwei Drittel der Gesamtproduktion umfassen und ferner darauf, daß eine Kartellierung des rheinisch-westfälischen Syndikats mit den obereschlesischen Gruben seit langem in der Luft liegt. Es könnte noch eingewendet werden, daß es unserer Gewohnheit widerspreche, wirtschaftliche Gruppen zu unterstützen, aber auch dieses Prinzip ist nicht konsequent durchgeführt worden, wenn wir wirtschaftliche Gruppen, z. B. den Zuckerbaronen, Zuschüsse für ihre Breslauer Verhandlungstage bewilligen.

Dann aber möchte ich noch eine Erinnerung wachrufen. Sie haben vor wenigen Wochen einem notorisch reichen Manne, dem deutschen Kronprinzen (Große Unruhe und Aufse: Zur Sache!) — 30,000 Mark! als Hochzeitsgeschenk bewilligt (Ausbauende Unruhe.) Meine Herren! Sie sind hundert und wir sind zwei, Sie werden doch hoffentlich mit uns fertig werden auch ohne Gescheit! (Es tritt etwas Ruhe ein, vereinzelte Hurufe.) Wie klein nimmt sich gegenüber diesen 30,000 Mark die Summe aus, die wir hier beantragen und doch kann mit einem Goldstück in 500 Arbeiterfamilien ein Lichtschein getragen werden, für den die Arbeiter Ihnen dankbar sind. Ich kann mir nicht denken, daß diejenigen Herren, die 30,000 Mark für den nicht notleidenden Kronprinzen bewilligen, es fertig bringen, 5000 Mark für die notleidenden Bergleute nicht zu bewilligen. (Stark. Wagner ruft: Sie werden's ja sehen!) Zwar hat die „Schle. St.“, die in diesem Saale schon öfter, darunter vom Oberbürgermeister, als eines der unaufrichtigsten Blätter gekennzeichnet wurde, (Widerspruch) im vorherigen gegen unseren Antrag Zustimmung zu machen versucht. Doch das braucht Sie nicht zu beruhigen; dieses Blatt nimmt zu allen Zeiten nur die Interessen der Junker und der Geldhunde wahr und tritt die minderbemittelte Bevölkerung mit Füßen. Und wenn wirklich liberale Herren, obwohl auch ihre Gesinnungsgenossen unter den bestehenden Verhältnissen leiden, gegen unseren Antrag stimmen, so rechnen wir doch auf die Herren vom Zentrum. Wir werden nicht verfehlen, die katholischen Arbeiter des Ruhrreviers darauf aufmerksam zu machen, daß die Spende auch durch ihre Bereitwilligkeit zu Stande gekommen ist. Ich bitte Sie also, meine Herren, nehmen Sie nicht nur meinen Antrag an, sondern beschließen Sie eine angemessene Erhöhung der von mir beantragten Unterstützung. (Starker Widerspruch.)

Der konservative Wortführer.

Stadtvorordneter Vellerode (kons. Her.): Wir betrachten diese eigenartige Angelegenheit lediglich von der einen Seite: von der der Kompetenz. Und die Kompetenzfrage hängt unferes Erachtens zusammen mit den Interessen der Gemeinde. Wir wollen nicht unsere eigene Berechtigung einschränken, nein, wir wollen getrost sie erstrecken auf soziale und ähnliche Dinge, die in unseren Gesichtskreis kommen. Aber wir wollen das Feld unserer Tätigkeit auch nicht uneingeschränkt lassen und uns ins Unreife verlieren. Die Grenze bildet für uns der Begriff: Gemeindeangelegenheit. Was eine Gemeindeangelegenheit ist, darüber hat sich das Oberverwaltungsgericht mehrfach ausgesprochen. Aber die von ihm angegebenen Kriterien können wir im vorliegenden Antrage keinesfalls finden. Wir halten uns deshalb nicht für kompetent, über den Antrag materialien zu diskutieren. Die einzige Gemeindeangelegenheit, die wir in dem Antrage entdecken können wäre die, daß die Gemeinde aus ihrem Steuerfahel Geld bezieht und dadurch die Gemeindeväter berührt würden. Aber sonst ist außer der Namensverwandtschaft: hier Stadtgebiet, dort Ruhrgebiet nichts Verwandtes zu entdecken. Deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir sind aber auch der Meinung, daß es für uns unmöglich ist, in einem beratenden wirtschaftlichen Kampf Stellung zu nehmen, sondern ähnliche Anträge kämen schließlich bei jedem größeren Streik. Da müßten wir dann jedesmal Stellung nehmen, welche von den kämpfenden Parteien Recht habe oder nicht. Da müßten wir schließlich Zeugen vernehmen und dergl., um objektiv urteilen zu können. Und das geht doch weit über unsere Kompetenz hinaus. Aus allen diesen Gründen bitten wir Sie, aber

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Gegeles.

(Nachdruck verboten.)

Als er am nächsten Tag seinen Schwager Dehwitz bei der Villa, tief vorwand, bekam er einen wahren Lobsuchtsanfall. Er schrieb, das Essen war verpfiffet, seine Frau stelle ihn nach dem Leben, überall lauernde Feinde ihm auf.

Das Erscheinen des Geheimrats Zimmer verlegte ihn vollends in Maferei. Er ließ die größten Schwärmungen gegen die Ärzte aus, und wenig fehlte, so wäre er gegen den alten Herrn handgreiflich geworden. Doch dessen unwandelbare Ruhe wirkte allmählich wie Dünne auf seine erregten Nerven. Schließlich ließ er sich überreden, daß er krank sei, und fuhr mit dem Arzt in die Grafenberger Zentrale.

Der Vorfall er noch einer sehr unruhigen Nacht in einem Zustand vollständiger Anarchie. Die Ärzte wurden aus ihm nicht klag. Da sie nicht wußten, welcher Umstand diesen jähen Stimmungswandel veranlaßt hatte, konnten sie ihn auch nicht erklären.

An Horstmanns Ruhe war ein Wort des Geheimrats schuld. Dieser hatte ihm erzählt, daß man ihm die bei der Einweihung der Wüste vorerhaltenen Ehrentugenden später unter der Hand habe zurückkommen lassen wollen. Aber er selbst habe dies durch sein Auftreten verhindert.

Es war dem Ingenieur, als wenn ihn noch einmal ein eben solcher furchtbarer Schlag trafe. Aber das, was zum ersten Mal Maferei in ihm hervorgerufen hatte, verlegte ihn jetzt in einen Zustand vollständiger Verzweiflung. Aller Hoffnungen bar, brütete er vor sich hin. Den Fragen der Ärzte gegenüber verhielt er sich wortlos und ablehnend. Er hatte sein Leben lang nicht viel von ihnen wissen wollen, seinen übrigen Anschauungen entsprechend, verachtete er die Schulmedizin und neigte zur Naturheilkunst.

Nachdem er sich in Grafenberg sechs Wochen lang labellos benommen, nicht die leiseste Spur von Verblüfftheit gezeigt, sondern im Gegenteil angegeben hatte, daß er von der Verfehlung verschiedener seiner Neugierigen überzeugt sei, wurde er als geheilt entlassen. Seitdem lebte er in seinem Hause wie ein Mann, der mit dem Dasein abgeschlossen hat, dessen Wille erloschen ist. Einige Zeit nach seiner Rückkehr hatte er seine Tochter Lotte aus Eilenach kommen lassen, aber als sie da war, kümmerle er sich um sie eben so wenig wie um seine Frau. Aus der Anstalt hatte er sich auf den Rat der Ärzte einen Wärter mitgenommen, dem er wegen seines stillen, müden Wesens sein Vertrauen geschenkt hatte. Dieser hielt die beiden Räume, das Arbeitszimmer und nebenan das Schlafzimmer, in denen er hauste, in Ordnung und begleitete ihn meistens auf den Spaziergängen. Frau und Tochter sah er eigentlich nur bei den ge-

meinsamen Mahlzeiten, selten richtete er in milde, schleppenden Ton ein paar Worte an sie. Daß Anna sich immer mehr an ihre Verwandten anlehnte, daß außer Frau Döblich, die bei ihnen wohnte, jetzt auch Dehwitz und Frau Weiß den halben Tag im Hause waren und sich hier wie die Herren gebärdeten, schien ihm nicht zu kümmern. Wenn Anna Geld verlangte, holte er aus dem Geldschrank die Hundertmarktscheine, ohne nachzusehen, wieviel er ihr gab. So sehr war er eine Kahl in seinem eigenen Dasein, daß selbst die Dienstmädchen ihn als einen Fremden ansahen und sich gewöhnt hatten, nur Frau Horstmanns Befehle auszuführen.

Doch Horstmann war weder blind, noch taub, noch gefühllos. Der alte Groll gegen sein Weib und deren Sippschaft war noch lebendig. Nur gedraht es ihm an Willenskraft. Aber es bedurfte nur eines einzigen Anstoßes, damit er, der in seinen Gräbelen wie ein lebendiger Begräber eingefarrt war, aufstand und zeigte, daß er noch am Leben war.

Die Wanduhr in seinem Zimmer hatte eben sechs geschlagen, als sich die Türe öffnete, und der Wärter Mewes ins Zimmer schritt. Er war ein Mann von etwa fünfzig Jahren, in brauner Feste, schmutziger, weißleinerer Hose und grauen Filzhüten. Sein Gesicht sah verdrießlich aus, und der ganze Kerl hatte etwas Eingetrocknetes und Verlaubtes, als wenn er sein Leben lang unter einem Aschenhaufen gelegen hätte. In der Hand hielt er eine kurze Tonpfeife, mit der er fortwährend das Haus verläuterte.

„Da wäre auch die Post gekommen“, murmelte er, an Horstmanns Schreibtisch tretend. „Ich kann jetzt wohl die Lampe aufstecken.“

Der Ingenieur nickte und brach die Briefe auf, die er nach einem kurzen Blick zu den übrigen Papieren legte.

„Da unten soll wohl heute Abend Ball sein?“

„Was ist los?“ fragte Horstmann erkant.

„Es sind so viel Leute gekommen. Die Köchin meinte, es ginge jetzt wieder bei uns los.“

„Die Leute sind zu meiner Frau gekommen?“

„Ja, zu wem sollen sie denn sonst gekommen sein? So etwaig, dreißig mögen's sein. Der ganze Flur hängt voller Sachen. Das ist wohl nichts für den Herrn Ingenieur? Ich meine ja auch, es wäre besser, wenn wir Ruhe hätten.“

Horstmann war aufgesprungen und ging mit finsterner Miene durchs Zimmer. Sein Gang war milde, und sein Kopf nach vorn geneigt, in der Haltung eines Menschen, der gewohnt ist, an Boden zu hängen. Das war die einzige Veränderung, die mit ihm seit dem Sommer vorgegangen war.

„Was war das? Seine Frau und Leute zu sich ins Haus, ohne ihn zu fragen? Sie wagte eine Gesellschaft zu geben, an der er nicht teilnahm?“

Könnte man bei der gnädigen Frau nie wissen. Wenn hier was los wäre, würde es immer lustig, hat sie gesagt.“

„Bringen Sie mir den schwarzen Rod!“

„Wollen Sie wirklich mit? Glauben Sie, daß es für Sie gut ist, wenn Sie das Hals mitmachen?“

„Haben Sie verstanden, Sie sollen mir den schwarzen Rod bringen!“

„Ich bringe ihn ja schon, und Stiefel müssen Sie wohl auch anziehen.“

Er schlurste langsam hinaus, und ebe er noch die Tür geschlossen hatte, redete er sich die abgebrochene Tonpfeife in den Mund. Als er zurückkam, sah Horstmann in seinem Saal und Karte mit aufgeschlagenem Kopf ins Lampenlicht.

Sie können gehen. Legen Sie die Sachen da hin!“

Während der Ingenieur in seinem Zunein sich über die Frechheit seiner Frau empörte, hatte er den Impuls, dagegen einzuschreiten, verloren. Erst als die Töne des Klaviers zu ihm drangen, fuhr er auf. Jeder Ton schmerzte ihn und steigerte seine Wut. Eine Weile horchte er mit gebolten Fingern, Verwünschungen aufstößend. Dann zog er Rod und Stiefel an und ging hinunter. Ohne anzuklopfen trat er ein.

Einen Augenblick blieb er in der Tür stehen und ging die Gesichter durch. Alles blickte nach der Tür hin. Die einen behielten ihre schüchternen, gelangweilten Miene, andere waren erkant, Frau Döblich starrte ihn an, mit offenem Mund, der in ihrem verfallenen Gesicht ein großes schwarzes Loch bildete, Hölleer grante spöttisch. Dehwitz hatte die Stirn gerunzelt und warf ihm drohende Blicke zu, neben ihm sah ein Fremder, der ihn neugierig fixierte. Jetzt bemerkte er, wie seine Tochter ihre Mutter, die ahnungslos dem Spiel gelauscht hatte, anstieß, und als er nun den erschrockenen Ausdruck seiner Frau bemerkte, schlug sein Herz in wilder Freude und Wut. Eine Sekunde huschte Annas Blick über die Gesichter der anderen, sofort aber hatte sie ihre Haltung wieder. Mit heiterem Lächeln kam sie auf ihn zu und küßte:

„Es ist nett, daß Du gekommen bist. Setz Dich!“

Aber Horstmann machte sich von ihrer Hand los, ging zu dem Klavier, an dem Oberstadt ohne Unterbrechung weiter gespielt hatte, und schlug den Deckel zu.

„Entschuldigen Sie“, sagte er blick. „Diese laute Musik tut meinen Nerven weh.“

Dann nahm er, ohne sich um den während aufgesprungenen Komponisten zu bekümmern, in einem Tasse Play und schlug die Beine über. Er war der Einzige, dessen Gesicht einen vollkommen ruhigen Ausdruck bewahrt hatte. Nachdem einige Augenblicke verstrichen waren, sagte er:

„Ich muß wirklich um Entschuldigung bitten über die Störung, aber ich kann absolut keine Musik vertragen.“

(Fortsetzung folgt.)

den Antrag Lobe und Wesselen zur Tagesordnung übergeben. (Bravo)

Der freisinnige Beschwichtigungs-Vortrag.

Stadt. Heilberg (freis. Volksp.): Meine Herren! Ich habe es aufrichtig bedauert, daß der Antrag überhaupt hier eingebracht ist, aber ich bitte Sie doch, ihn nicht aus formalen Gründen abzulehnen. In dem Augenblicke, wo wir erörtern, ob die Gemeinde für die Stadt eine Gemeinde-Angelegenheit bilden können, und nicht selbst desorganisieren und sagen, diese Angelegenheit habe mit der Gemeinde weniger zu tun. Der Lobe hat ja auch den Versuch gemacht, nachzuweisen, welchen Einfluß das Kohlenstudium auf die Finanzen unserer Stadt, beispielsweise auf unsere Kohlen-Rechnungen ausüben kann. Ich würde mich anheischig machen, noch eine ganze Menge ähnliche Beziehungen vorzutragen, die den Arbeitgeber-Streit zu einer Gemeinde-Angelegenheit für Breslau machen könnte. Was eine Gemeinde-Angelegenheit ist, darüber hat sich das Oberverwaltungsgericht zwar einige Male ausgesprochen, aber viel klüger bin ich davon nicht geworden, was natürlich nur an mir liegt und nicht am Oberverwaltungsgericht. (Gelächter.) Also, meine Herren, wir dürfen den Antrag Lobe nicht aus einem rein formalistischen Grunde ablehnen, sondern wir müssen die Courage haben, offen die tatsächlichen Gründe zu betonen, die uns zur Ablehnung führen. Und deshalb behaupte ich es besonders, daß der Antrag überhaupt gestellt worden ist, weil nämlich jeder, der wie ich, für Ablehnung stimmen wird, in den Ruf kommt, unbillig und hartnäckig gesonnen zu sein. (Lärm: Sehr richtig!) Diesen Ruf müssen wir aber tragen, denn wir haben gewisse Pflichten auf unsere Kommune, deren Verwaltung wir anvertraut sind. Herr Lobe hätte gut getan, die Öffentlichkeit, die oberen Behörden in der berechneten Weise, wie er es heute getan hat, aufzurufen, daß all die Privatpersonen in ihren Beuteln greifen und recht reichlich spenden mögen. Aber die städtischen Mittel dürfen wir zu dem Zwecke nicht in Anspruch nehmen. Dazu kommt, daß wenn wir den Arbeitgeber-Streit eine Unterabteilung bewilligen, wir den oberen und niederösterreichischen Vergleichen die Gewissheit geben, auch ihr Ausmaß würde unsere Sympathie finden und wir würden sie schließlich daran zwingen, auf gut Glück die Arbeit niederzuliegen. Um das zu verhindern haben wir allen Anlaß, nicht nur wegen der Schädigungen, die der Industrie daraus entstehen würden, sondern vor allem auch wegen der Not, die für die Arbeiter ein Streit immer im Gefolge hat und die wir möglichst fernhalten wollen. — Es ist allerdings ein großer Unterschied, ob wir durch eine solche Unterabteilung den Streit beseitigen, oder ob wir Repräsentationskosten für Kontrakte bewilligen, die hier liegen, oder gar das Kronprinzengeld bewilligen. Der einzelne hat die Berechtigung, ja wohl auch die Verpflichtung, tief in sein Portemonnaie zu greifen, aber die Stadterhaltung muß dabei auch dem Spiel bleiben. Man wird uns unsozial und hartnäckig schelten, das müssen wir allerdings tragen. (Großer Beifall.)

Ein freisinniger Befürworter.

Stadt. Stein (freis. Volksp.): Ich bitte, die Sache ganz ohne Partei zu prüfen, ganz ohne Partei und ohne Partei. Auch Herr Lobe hätte vielleicht besser getan, wenn er seine freigelegten Parteipositionen etwas zurückgedrängt hätte. Dem Kollegen Heilberg kann ich mich in seinen Reden nicht anschließen. Hier handelt es sich nicht mehr um die Stellungnahme, wer Recht gehabt habe in dem Nischenkampf, sondern lediglich um anerkannte Not zu lindern, die über viele Vergleiche und deren Familien herein-gebrochen sei. Es ist allerdings bezaubernd, zu sagen, wir sind nicht kompetent! Wir könnten einen neuen Streit in Oberösterreich und Niederösterreich heranzubekommen! Aber es gab doch schon eine größere Einmütigkeit über die Ursachen des Streits als in diesem Falle. Da sollte man doch nicht mit dem landläufigen Maße messen. Es könnte sich allerdings noch fragen: An wen soll das Geld gehen? Und wie soll die Verteilung vor sich gehen? Darüber könnte man sich am besten im Ausschusse verständigen. Diesem bitte ich, den Antrag zur Vorbereitung zu überweisen.

Eine Unerschrockene Stimme.

Stadt. Simon (national.): Wir dürfen unsere Kompetenz nicht freiwillig beschränken, sondern müssen suchen, sie gegen Beschränkung zu verteidigen. Deswegen glaube ich, können wir auch ganz ruhig materiell über den Antrag verhandeln. Herr Lobe hat insofern Recht, als das Kohlenstudium sich im ganzen Lande seiner besonderen Sympathie erfreut. Aber auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß die Arbeiter keineswegs fortgesetzt verfahren sind. Sie haben die Arbeit niedergelassen, ohne die Kündigungspflicht einzubehalten. Jedoch in die Einzelheiten können wir uns nicht einmischen, weil wir dann in jedem Streit entscheiden müßten, wer Recht hat und wer Unrecht. Und die Parteifreunde des Herrn Lobe werden, soweit ich sie kenne, schon dafür sorgen, daß die Streiks nicht aufhören. Wir müßten dann schließlich bei jedem Wärrer- und Zimmerstreit, der irgendwo in Deutschland ausbricht, aus dem Stabilität-Untersuchungswesen. Was ist die Konsequenz davon? Die Leute wissen, daß sich Gemeinden finden, die ihren noch Unternehmung zu teil werden lassen, da glauben sie, es recht streiten zu dürfen. Nun ist gesagt worden: Ja, der Streit ist ja beendet und hier handelt es sich nur um Kollektende und deren Familien. Das stimmt. Aber man weiß doch, daß Not die Folgeerscheinung jedes Streits ist, und wenn die Kommunen sich bereit erklären, die Not zu mildern, so ist das nur ein neuer Reiz zum leistungsfähigen Streiten. Um die Not zu mildern, sind doch übrigens die Organisationen der Arbeiter da, deren Rassen nach meiner Information hinreichend gefüllt sind, um helfend einzugreifen. (Lobe ruft: Das reicht nicht!) Nun, ich habe immer gehört, daß die Organisationsstellen ihrer Genossen recht hübsch gefüllt seien. Lobe: Recht aber noch lange nicht! Im übrigen habe ich aber die Vermutung, daß Herr Lobe den Antrag gar nicht einmal in der Voraussetzung eingebracht hat, daß er hier angenommen werde. Wahrscheinlich wollte er nur die Diskussion haben darüber, daß wir nicht bereitwillig seinen Wünschen nachzugeben. Diese Diskussion wollen wir ihm und seinen Parteifreunden gern geben, und deshalb bitte ich Sie, den Antrag Lobe, den Erwägungen des Herrn Antragstellers entsprechend, abzulehnen! (Bravo)

Einige fast Brot.

Stadt. Stein (nat.): Ich bin auch nicht für den Antrag zu haben. Es stimmt nicht, was Lobe sagte, daß die 200.000 Bernerleute von den Stadtbekleidern in den Streit gedrängt seien. Nur ein Teil der Beteiligten sei direkt in den Streit getreten, die übrigen seien zur Teilnahme von den Kameraden gedrängt worden. (Lärm: Die Dränger waren ja Christliche!) Ich mir ja ganz egal! Es ist aber auch wahrhaftig, daß es Christliche waren, denn wenn es lauter Sozialdemokraten gewesen wären, hätte es sicher viel mehr Lärm gegeben. (Lobe: Die Stadt habe zu solchen Unternehmungen kein Geld. Für die Crimischauer sei ja so viel gesammelt, daß noch 75.000 Mark übrig geblieben seien. Die könnte man ja jetzt den Vergleichen schenken. (Lobe: Sind schon da!) Ja ja, dann braucht die Stadt auch nichts zu geben. Wenn Not besteht, dann mag der Staat sich darum kümmern, nicht die Stadt. Bringen Sie einen ähnlichen Antrag doch im Abgeordnetenhaus ein. (Stadt. Stein ruft: Das Abgeordnetenhaus unterliegt nur die Justiz. Gelächter.)

Ein Anhänger der Gleichheit für soziale Reform.

Stadt. Dr. Reiffers (liberal.): Ich werde für den Antrag stimmen, ohne mich mit der Begründung einzulassen zu erklären. Ich möchte aber auch die Annahme weit von mir weisen, als wenn ich durch Zustimmung zu dem Antrage nun einseitig mich über die Schuld an dem Streit äußere. Im Gegenteil. Ich will nur den in Not geratenen Vergleichen helfen beitragen. Gerade Herr Simon hat mich darin bestätigt. Ich bin von früher ein Gegner des Begriffs Klassenstaat gewesen, und ich würde es liebsten behaupten, wenn man die Arbeiter wieder nur auf ihre Pflichten hinweist. Nein, auch das Bürgerium soll sich der kämpfenden Arbeiter annähern und so die Klassen gegenüber mildern helfen, insbesondere dort, wo anerkannte Not vorzuliegen ist, sollte das Bürgerium gern eingreifen, auch auf Seiten der Kommune. Und wenn wirklich keine Not vorzuliegen wäre, glaube man denn, daß die Steuern-Jeder Graf darf sich 10.000 Mk. zur Bekämpfung des Kohlen-

bewilligt hätte? Ich wiederhole: ich schließe mich dem Antrage, aber nicht seiner Begründung an, und will mich ausdrücklich vorbehalten, dagegen, daß ich durch meine Zustimmung zum Ausdruck bringen wollte, auf welcher Seite die Schuld am Streit liegt.

Schlußwort des Antragstellers.

Stadtverordneter Lobe: Meine Herren! Die formalen Gewissensbisse, die Herr Kellerode empfand, sind ihm ja schon in der Debatte ausgesprochen worden, ich möchte ihn nur noch darauf verweisen, daß in den Städten Mainz, Mannheim, Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen, die bereits Unterstützung gaben, wohl auch in Berlin, demokratische und liberale, die für die staatsrechtliche Seite der Frage einig Verständnis haben und nichts Angehöriges in der Bewilligung sahen. Die andere Ansrede des Herrn Kellerode, die sich auch Herr Kollege Simon zu einer mächtigen, nämlich fast jahrelang, Jahren viele Streiks vorkommen und der Stadt-Schmelze alljährlich in Anspruch genommen werden könnte, entspringt nur einer Unkenntnis der Dinge. Hier handelt es sich doch um eben ganz ausnahmsweise Bewegungen und ich verspreche Ihnen, nur dann wieder mit einem solchen Antrage zu kommen, wenn wieder ein Streit 200.000 Menschen umfaßt, wenn dabei sich Angehörige aller politischen und religiösen Ueberzeugungen befinden und wenn drüben eine große Postlage in seinem Gefolge erscheint. So was ist in Deutschland vorher noch nicht dagewesen, wird auch künftig nicht wiederkehren, jedenfalls nicht so oft, daß die Stadt Breslau wegen der Spenden bankrott gehen würde. Ich hätte geglaubt, daß auch der Kollege Heilberg etwas übergezügelter Gründe für die Ablehnung des Antrages hier zum besten gegeben hätte, denn daß sich wegen unfernen 200.000 Mark die tausende von Vergleichen in Mittel- und Oberösterreich an den Streit hineinzulassen lassen könnten, das kann nur jemand anbeten, der gar keinen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse hat. Es ist nur gut, daß der Kardinal Fürstbischof Kopp nicht so anglickisch gewesen ist als heute Herr Heilberg, sonst hätte er nicht trotz Ober- und Mittelösterreich in seine Tasche gegriffen! (Widerspruch des Stadtverordneten Heilberg.) Herr Simon verweist uns an unsere Organisation und an die private Wohltätigkeit, aber beide sind bereits in Anspruch genommen. 1.200.000 Mk. haben die Arbeiter großenteils zusammengebracht, Sie müßten es einmal sehen, meine Herren, wie die armen Proletarier, die selbst nichts haben, zu uns kommen und ihr Scherlein steuern, da finden Sie noch Dvierwilligkeit! Aber es reicht eben nicht, und deshalb stellen wir unseren Antrag. Dem Genossen (weiterer) Herrn Stein möchte ich noch sagen, daß er sich sehr irrt, wenn er glaubt, die Ruhe während des Ausstandes sei nur auf die christliche Beteiligung zurückzuführen, es ist geradezu notorisch, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die disziplinierteren und geschultesten sind. Und wo auch wirklich kleine Zusammenkünfte stattgefunden haben, da war das in Geenden, wo der christliche Verband dominierte, nicht der unsere. Die geringe Sachkenntnis des Herrn Stein offenbart sich ja in der Angabe, nur einzelne Fabriken haben einen Grund zum Ausstand gehabt, dabei ist z. B. das Wagen- und ein ganzer Revier üblich gewesen. Ein Stadtverordneter, wie ich nicht, Herr Buddefeld, hatte den Namen Singer genannt. Meine Herren, wenn Herr Buddefeld so viel für die Arbeiterklasse getan hätte, als Genosse Singer, der sein Vermögen und seine Arbeitskraft der guten Sache opfert, dann wären wir zufrieden. (Lärm.) Ich komme noch einmal zu Herrn Heilberg zurück, er meint, Millionen und Abermillionen würden sagen: „Ihr habt in diesem Kampfe Partei ergriffen und das wollen wir nicht.“ Ich meine, wir können hier ruhig Partei ergrreifen, denn die ungeheure Mehrheit der Mitarbeiter wird das billigen. Mindestens würden so viele damit einverstanden sein, als mit dem Kronprinzengeld einverstanden sind. Ich habe mich keiner Uebertreibung schuldig gemacht, sondern sehr gemäßigt gesprochen. Bewilligen Sie die Summe und senden Sie dieselbe meinethwegen an den christlichen Arbeiterdirektor Erlebens.

Was war nun das Resultat dieser Auseinandersetzung? Ganz sechs Mann außer den beiden Sozialdemokraten, nämlich die Herren Zeige, Sein, Jünger, Molinari, Dr. Reiffers und Ollendorf, erhoben die Hand zur Bewilligung. Ein Nebenher, Herr Dr. Ponikmann, war durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Alle übrigen, ob liberal, ob liberal, ob konservativ, die vor den Wahlen förmlich schillern vor Arbeiterfreundlichkeit, hatten für die Vergleiche nichts übrig. Als es galt, 30.000 Mark für ein silbernes Tafelgeschirr, das eine halbe Million Mark kosten wird, für den Kronprinzen beizusteuern, der uns Sozialdemokraten „Glende“ genannt, da haben sie alle, ohne Ausnahme, ihren Männerstolz vor Königsthronen durch Annahme der Vorlage bewiesen, wenn es aber galt, einmal eine geringe Summe für die armen Vergleiche herzugeben, da versagte ihr Mut! Mögen die Männer, die täglich unter Lebensgefahr in die Grube steigen, vielleicht für immer vom Leben Abschied nehmend, sehen, wo sie hiebei. Sie sind zwar gut, die schwarzen Diamanten unter mühevoller, niederdrückender Arbeit ans Licht des Tages zu fördern, die den Herren die Fabriken treiben und das Heim erwärmen, aber auf Unterstützung in ihrem schweren Kampfe gegen das raubgierige Kapital haben sie nicht zu hoffen.

Das ist die Lehre des gestrigen Tages. Es ist uns leider nicht gelungen, den Kohlengräbern eine größere Gabe zu erwirken. Sie müssen darauf verzichten, aber es ist uns gelungen, die scheinheilige Arbeiterfreundlichkeit gewisser frommer und freisinniger Kreise zu entlarven, und auch das ist etwas wert.

Politische Uebersicht.

Wie Agrarier gewählt werden. Die Wahl des konservativen Abgeordneten Mallewicz im Wahlkreise Kolberg-Roslin ist gegen den freisinnigen Dr. Barth mit allen möglichen Mitteln durchgedrückt worden. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: Mallewicz 9904, Barth 8239, der Sozialdemokrat 2973; bei der Stichwahl: Mallewicz 11.132, Barth 10.924, die Majorität beträgt also nur 208 Stimmen. Ein Wahlprotest der freisinnigen zählt die größten Verluste auf, die bei der Wahl vorgekommen sind.

In Großpolen ist direkter Wahlbetrieb verübt worden und die Schuldigen sind bereits mit sechs Wochen Gefängnis bestraft. Für Mallewicz waren 60 Stimmen, für Barth 15 gezählt worden; der Gericht haben aber 43 Wähler bezogen, daß sie Barth gewählt haben. Der Wahlakt wird für ungültig erklärt und die Stimmen laßiert. Im Landratsamt mit Roslin sind Wahlblätter und Stimmzettel für Mallewicz inventiert, verpackt und verpackt worden. Trotz einer beim Minister eingelegten Beschwerde hat man diese Tätigkeit im Landratsamt für den konservativen Kandidaten fortgesetzt; deshalb behauptet der Protest, der Landrat von Eisenhart-Rothe habe amtliche Wahlbeeinflussung getrieben. In der Debatte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Grundzüge, die bei Verhandlungen derartiger Fälle bisher innegehalten worden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Weisheit entgegengesetzt, daß sie die früher geltenden Grundzüge immer mehr engerzogen trachte. Abg. Dr. Lucas gab seinerseits die Antwort. Die Weisheit kam dann auch zu dem Beschluß, die Wahlbeeinflussungen seien bezüglich dieses Falles nicht genügend substantiiert. Als aber dann die weitere Protestbeschuldigung, der Regierungspräsident Graf Schwerin in Roslin habe die ihm unterstellten Beamten zu dem ausschließlichen Zwecke einer Wahlbesprechung zusammenberufen und in dieser Anrede gesagt, er wolle sie, die Beamten, nicht beirathen, dann aber hinzusetzen: „Von zwei Uebeln müßte man aber das kleinere wählen. Ich

wähle Mallewicz!“ — als diese Behauptung die Kommission zu dem einstimmigen Beschlusse führte, Erhebungen über diese Angelegenheit zu lassen, beschloß sie nachträglich, auch Erhebungen über den Fall von Eisenhart-Rothe anstellen zu lassen.

Außerdem sollen auch Erhebungen angestellt werden über die behaupteten Verhältnisse in Perleberg, wo Wahlzettel im Wahllokal verteilt wurden und eine Anzahl Wähler den Pollerraum gar nicht betreten hatten; in Bischofsham, wo gar kein Pollerraum vorhanden war; in Grotz-Carzenburg, wo ein Wahlbeifiger die Wähler in den Pollerraum begleitete und ein Unterspeltor Arbeiterwählern die liberalen Stimmzettel im Wahllokal abnahm, diese gerichtlich und ihnen kontervative dafür aufwagte; in Wisseken, wo abgegebene Wahlkonterts vor der Stimmentauschlung auf ihren Inhalt geprüft wurden; in Baldekow, wo mehrere Wähler zu wiederholten Malen zugleich im Pollerraum waren; in Altdorf, wo kontervative Stimmzettel im Pollerraum auslagen; in Doseger, wo der Wahlvorsteher, Graf Beninck, Kolberger Wähler aus dem Wahllokal wies mit den Worten: „Ich lasse Sie entfernen, daß Sie sich die Knochen brechen!“ Auf seinen Befehl mußte der Richter die Herren hinausdrängen. Ergeben die Erhebungen über diese Einzelfälle deren Wichtigkeit, dann muß die Wahl für ungültig erklärt werden, während andererseits die amtliche Beeinflussung ebenfalls die Ungültigkeit zur Folge haben würde.

Die Kommission beschloß deshalb die Beanstandung der Wahl und Vornahme aller bezeichneten Erhebungen. Hoffentlich dauern diese Erhebungen nicht zu lange, damit Herr Mallewicz das unrechtmäßige Mandat nicht noch jahrelang ausübt.

Die Handelsvertragskommission setzte die Beratung bei dem Vertrage mit Rußland fort. Auf eine Anfrage Singer (Soa.) erklärte Geheimreferent Gabel, man habe sich wohl bemüht, die völlige Gleichstellung für die nach Rußland gehenden libidischen Gewerbetreibenden zu erzielen. Unter großen Schwierigkeiten habe man die Zugeständnisse für die libidischen Handelsreisenden erlangt. Weitere Konzessionen zu erreichen, war mit Rücksicht auf die russische Rechtsauffassung über die Stellung der Juden nicht möglich. Eine Differenzierung der christlichen und jüdischen Handelsreisenden durch Ortszuschläge sei nicht zu befürchten. Unterstaatssekretär Vermuth betont, daß das für den Handelsland-Unterschiede erreicht sei, auf der erlangten Basis werde man weiter arbeiten und versuchen, die noch weiter bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Staatssekretär Graf Rodomsky erklärt, man habe gewiß noch manche Wünsche, aber die russischen Unterhändler hätten sich völlig außer Stande erklärt, weitere Konzessionen zu machen. Das hänge mit der ganzen russischen Staatsverfassung zusammen, die sich natürlich jeder ausländischen Einwirkung entziele. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde in Erwiderung auf von mehreren Seiten geäußerte Befürchtungen wegen der zukünftigen Lage des Exports von den Regierungsexperten ausgeführt, alles Erreichbare sei erreicht worden, die Industrie sehe nicht so ganz in die Zukunft, wie es nach den Ausführungen der Vorredner scheinen könnte. Zur Frage der Einfuhrzölle bemerkte der Regierungsexperten, es sei nicht verkennbar, daß finanzielle Gründe die Schaffung von Uebergangsbestimmungen in dem Sinne angezogen erscheinen lassen könnten, daß eine Zeitlang nach Inkrafttreten der neuen Gebührensätze die Einfuhrzölle noch nach den alten Sätzen berechnet würden. Die Erörterungen seien noch nicht abgeschlossen, es werde darauf Bedacht genommen werden, erforderlichenfalls einen entsprechenden Gesetzentwurf sobald als möglich vorzulegen.

Darauf wurden der italienische und der belgische Vertrag beraten, die nur zu wenigen Bemerkungen Anlaß gaben. Beim rumänischen Vertrage traten Graf Rodomsky und Freiherr von Richthofen einer Aenderung des Abg. Gotheis entgegen, daß dieser Vertrag unter aller Kanone sei.

Die Abgeordneten Speck (Zentr.) und Blankenhorn (natl.) beantragten eine Resolution, daß mit dem Inkrafttreten der Handelsverträge die Deklarationspflicht für verschüttete Weißweine und Rotweine eingeführt werde.

Die Handwerkervertretung gegen den Befähigungsnachweis. Die in Erfurt tagende Konferenz von 27 Handwerker-Länder aus ganz Deutschland sprach sich einstimmig gegen den allgemeinen Befähigungsnachweis aus.

Das wird den antisemitischen Mittelstandsvertretern ein Schlag ins Kontor sein.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden am Donnerstag bei der Beratung des Marineetat von einer Forderung von 5.868.530 Mk. für die Zulagen zur Verflechtung und Landzulagen bei vorübergehender Ausschiffung im Auslande 146.000 Mk. gekürzt. Von einer Forderung von 454.000 Mk. zur Verbesserung von Driesen und Post- und Frachtschiffen für Marineangehörige wurden 40.000 Mk. als entbehrlich gekürzt. Abg. Dr. Leonhardt von der freisinnigen Volkspartei be sprach eingehend die Anstellungsverhältnisse der Werkstätten und beantragte, die Vitschrift der Werkstättensührer zur Erwägung zu überweisen. Redner führte weiter Klage darüber, daß die Marineverwaltung entgegen den gesetzlichen Bestimmungen die Hälfte der Subalternbeamtenstellen der Militärämtern vorbehalte. Die Vitschriften von Werkstättensführern, Bauführern und Werkschiffsführern beschloß die Kommission zur Erwägung zu überweisen.

Eine längere Auseinandersetzung schloß sich auch an die Forderung einer pensionsfähigen Zulage von 1150 Mark für 29 Fregatencapitäne an; sie wurde schließlich mit 13 Stimmen gegen 12 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten bewilligt.

Reichstags-Ergebniswahl in Hof. Nunmehr steht nur noch das Ergebnis aus dem Orte Weierhof mit 109 Wählern aus. Gezählt wurden für Goller 10.149, für Geißler 10.328, für Mege 3287 Stimmen.

Preußen und Rußen. Ein Londoner Blatt berichtete färglich, daß das russische Unterhaus die russische Handelsvorlage angenommen habe. Ein anderes Blatt bemerkt hierzu, daß Preußens und Russlands nicht miteinander zu tun hätten. Das ist leider nicht richtig, der Unterschied zwischen Preußens und Russlands ist so gering, daß der Druckfehler sehr begreiflich ist.

Ausland.

Rumänische Wahlen. Bei den gestrigen Deputiertenwahlen wurden im ersten Wahldirekt 57 konservative und nur zehn sozialisierte Oppositionelle gewählt, darunter 7 liberale und 3 Carpisten.

Das ungarische Kabinett Tisza ist seines Amtes enthoben, aber bis auf weiteres mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Rumänische Grausamkeiten hat sich, wie schon angedeutet, ein französischer Kolonialbeamter im Kongogebiet gegen Eingeborene zu sich haben kommen lassen.

Wie der Pariser „Matin“ berichtet, hat der am Mittwoch verhaftete Kolonialbeamte Loquet entgegen erregende Grausamkeiten gegen Eingeborene begangen. So soll Loquet mit mehreren anderen Beamten zusammen am 14. Juli v. J., nachdem das Nationalfest mit einem Bankett gefeiert war in der Nähe von Brazzaville einen Eingeborenen gefesselt und ihn mittels einer Dynamitpatrone, die ihm in den Mund gesteckt war, auf entsetzliche Weise getötet haben. Ferner soll Loquet mit mehreren Beisitzeren zusammen einen Neger enthauptet, von dessen Kopf eine Suppe gekocht und diese den Angehörigen des Getöteten vorgesetzt haben. Außer gegen Loquet soll noch gegen einen Militär und zwei Kolonialbeamte die Untersuchung eingeleitet werden; sie sind bereits in Brazzaville verhaftet worden.

Wird dieser Mann auch, wie Frim, Kreiberg, in einer prächtigen Herdenheilkunde seine Besorgung finden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 17. Februar.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die längste und wichtigste Debatte, die gestern die Tagung unserer Kommunalboten beherrschte, betraf den sozialdemokratischen Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung der notleidenden Bergleute des Ruhr-Reviers. Welche Behandlung dieser Antrag erfuhr und wie einmütig sich die freisinnig-reaktionäre Mehrheit in der Ablehnung der Arbeiterforderungen zeigte, das steht an anderer Stelle dieses Blattes nachzulesen.

Was sonst noch in der Sitzung verhandelt wurde, war wenig erwähnenswert. Die Vorlage betr. den Bau eines Volksschulhauses an der Kleischkaustraße wurde dem Bau-Ausschuß überwiesen, nachdem Herr Zebulla (kons.) im Namen des Fortschritt (1) darum ersucht hatte, daß man möglichst keine Klammerräume für mehr als 60 Schüler mehr bauen solle. Genehmigt wurde die Vermietung von Sandlagerplätzen am Schlage, die Anbringung einer Gedächtnis Tafel für Vorkriegs-der Bau eines Saales und einer Rutscherube auf der Schwedenschanze, der Bau eines Wirtschaftsgebäudes in Pirscham, die Beschaffung von Sprengwagen, der Ankauf des Grundstücks Weidenstraße 11 und der Umtausch von Parzellen mit der evangelisch-reformierten Gemeinde.

Damit und mit der Besetzung einiger Ehrenämter verließ nun die Versammlung diese Art Beratungsstoff und hörte schließlich den Verwaltungsbereich des Magistrats, bez. der neue Kammerer, Herr Matthes, vor und dem wir folgendes entnehmen:

Die finanzielle Lage sei durch Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse glücklicher geworden. Eine große Zahl der Einzelverwaltungen schneide besser ab, als bisher. Die Einführung größerer Schulsysteme, statt der vorhandenen kleinen, lehnt der Magistrat ab, schon weil die zu ersparenden Gelder gering seien würden. Jetzt bildeten die Redatoren den Mittelpunkt ihres Systems, was bei großen Systemen nicht möglich wäre. Auch die Verbindung zwischen Schule und Haus müßte dann leiden. Der Hauswerkerschule, die schlecht abgeschnitten habe, sei ein regerer Besuch zu wünschen. Die Nebenstundenarbeit der Beamten beschäftigt fortgesetzt den Magistrat, der auch erwäge, ob nicht das Steuerabholungs- durch das Ringesystem zu erleichtern sei. Die Provinzialaufgaben würden vielleicht klüßler machen, weil die Provinz bei Berechnung der Breslauer Quote fortan auch die kleinen Einkommen mit berücksichtigen wolle, die die Stadt für sich nicht bestreue. Den eingemeindeten Ortschaften solle, auch aus finanziellen Gründen, ihr Vorort-Charakter so lange wie möglich bewahrt bleiben. Der Hafen habe sich schlecht, die Straßenbahn fortgesetzt glänzend entwickelt. Der Wasserverbrauch werde nach der vollständigen Eröffnung der Grundwasserleitung zunehmen. Der Fleischverbrauch sei von 103 Pfund pro Kopf in 1902 auf 107 Pfund pro Kopf in 1903 gestiegen (?). Die Umsatzziffer werde etwa 920.000 Mk. für 1904 bringen, statt der etablierten 800.000 Mk. Die Mehrausgabe und Minderertrag 1904 werde sich wohl auf rund 1 1/2 Millionen, der Gesamtertrag einschließlich der Restverwaltung auf etwa zwei Millionen Mark belaufen. Die Schulhausbauten seien minder rasch fortgeschritten, als zu wünschen gewesen sei. Der Substanzverlust der stehenden nicht abgedeckt; er sei mit mehr als 1,4 Millionen Mark belastet. Der Nominalbetrag der städtischen Anleihe sei gewachsen auf 34.450.000 Mark, wovon aber so viel getilgt sei, daß sich die Schuld jetzt auf etwa 27 Millionen belaufe. Die volle Fertigstellung der Grundwasserleitung sei im Mai d. J. zu erwarten. Eine neue Anleihe sei jetzt schon durch Ausgaben belastet. Wir brauchen Geld für Markthalten, für Erweiterungen der Betriebswerke, der Feuerlöschwerke, für Bäder, höhere Schulen (namentlich die technische Hochschule), für Krankenhäuser usw. Auch das Oberregulierungswerk werde uns große Ausgaben auferlegen. 1910 solle die Schlachtsteuer wegfallen, da müßte der Magistrat sich so einrichten, daß er die hauptsächlichsten Ausgaben noch vorher mache, damit die Stadt in Bezug auf Pfasterungen usw. dann keine außerordentlichen Ausgaben mehr habe und den Verlust leichter tragen könne. Im allgemeinen hoffe der Magistrat, die Geschäfte glücklich weiter führen zu können. (Beifall)

Nachdem der Vorsteher dem Magistrat für die geleistete Arbeit gedankt hatte, wurde die Sitzung um 7 1/2 Uhr geschlossen. Am nächsten Donnerstag soll die Etatsdebatte beginnen.

*** Um das Geld der Breslauer Steuerzahler** handelt es sich bei der Lohnbewegung der hiesigen Steinseger. Und zwar sind es auch hier, wie in so vielen Fällen, die Arbeiter, die sich bemühen, das Geld der Steuerzahler zu sparen, bzw. dasselbe nutzbringend zu verwenden, während die Steinsegermeister bemüht sind, das Geld der Steuerzahler — buchstäblich — auf die Straße zu werfen, d. h., nachdem dieselben für sich einen gehörigen Anteil davon in Sicherheit gebracht haben. Uns wird hierzu geschrieben:

Straßenpflaster kostet bekanntlich sehr viel Geld. Und je sorgfältiger und gewissenhafter solches hergestellt wird, um so dauerhafter und billiger ist dasselbe. Sorgsame und gewissenhafte Vertheilung bedingt sich aber bekanntlich nicht damit, daß der einzelne Arbeiter zugleich ein möglichst großes Arbeitsquantum liefert. In diesem Falle geht dann vielmehr noch immer das Prädikat, das seiner Zeit Neuland der deutschen Industrie ausgestellt hat: „Billig und schnell!“ Die deutsche Industrie im allgemeinen hat sich inzwischen ein besseres Ansehen erobert. Dagegen scheinen die hiesigen Steinsegermeister nicht den Ehrgeiz zu besitzen, für die von ihnen auszuführenden Arbeiten ein besseres Prädikat zu erwerben. Diesen Eindruck gewinnt selbst der Laie, wenn man die ziffermäßigen Anforderungen betrachtet, die dieselben an die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter stellen zu dürfen glauben.

Zum Vergleich stellen wir die Arbeitsleistungen dagegen, zu denen die hiesigen Steinseger sich freiwillig verpflichten wollen, und dann diejenigen Arbeitsleistungen, die in Berlin laut vereinbarten Tarif üblich sind:

Flasterort	Forderungen d. hies. Meister	Antrag der Steinseger	Berliner Tarif
Granitsteinpflaster auf Beton und Schotter außerhalb der Gasse	35	25	18
Desgleichen innerhalb der Gasse	30	20	15-16
Granitsteinpflaster auf Sandbettung	40	30	22
Bürgersteinpflaster Vierkötter	25	15	15
Mosaik	10	8	9
Granitplatten	20	25	22

Dieselbst ist nun weiter zu beachten, daß es sich in Breslau bei den Meistern sowohl, als wie auch bei den Gesellen um Minimalleistungen handelt, während der Berliner Tarif nur das Maximum an Arbeitsleistung festsetzt, die angegebene Woche also keineswegs erreicht werden müssen. Dagegen erhalten die Steinseger in Berlin 75 Pfennige Minimum a Stundenlohn, während die hiesigen Steinseger 65-70 Pfennig fordern, die Meister aber nur 60-65 Pfennig wollen und das auch nur demjenigen Steinseger, der das von den Meistern vorgezeichnete Mindestquantum leistet. Willkürlich bemerkt haben die Steinseger nur 32 Wochen Arbeit im Jahre, daher die auf den ersten Anblick verhältnismäßig hohen Löhne.

Ans interessiert hier aber in erster Linie die Frage der Arbeitsleistung, denn das ist eine Frage des öffentlichen Interesses, weil es sich da, wie schon eingangs gesagt, um das Geld der Breslauer Steuerzahler handelt.

Wirft man einen Blick auf die vorstehenden Zahlen, so fallen einem die kolossalen Unterschiede sofort auf. Und da man wohl ohne weiteres annehmen kann, daß die Berliner Steinsegermeister ihr Geld an die Steinseger auch nicht verachten — im Gegenteil, es gibt darunter auch arge Schachtmacher — so ergibt sich aus diesen Zahlen, daß in Berlin eben um so viel gewissenhafter gearbeitet wird. Den hiesigen Steinseger gebührt daher das Verdienst, daß dieselben auch hier für eine gewissenhaftere Ausführung der öffentlichen Straßenbauten sich ins Zeug legen. Es wäre also nur zu wünschen, daß sich unser Magistrat einmal die Sache näher betrachtet. Die Steinseger haben den guten Willen bekundet, es nicht wieder zum offenen Konflikt kommen zu lassen, aber man kann es denselben auch nicht verargen, daß sie ihre Knochen und ihre Gesundheit nicht auf den Straßen Breslaus liegen lassen wollen, lediglich, weil eine Handvoll Steinsegermeister nicht genug Profit glauben einheimen zu können. Und doch gibt es nichts Ueberflüssigeres als die Steinsegermeister. Vielleicht erundigt sich der hiesige Stadtbaurat einmal bei seinem Kollegen in Dresden.

Franz Tischer,

Reichstagsabgeordneter für Breslau-Ost,

wird Sonntag Abend im „Gewerkschaftshaus“ sprechen über

„Die Tätigkeit des Reichstages.“

In derselben Versammlung spricht

Eduard Bernstein,

Abgeordneter für Breslau-West,

über

„Das deutsche Volk und die Handelsverträge!“

Arbeiter, erscheint in Massen!

*** Achtung, Arbeiter von Trietern!** Am Montag, den 20. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, findet im Joch'schen Lokal eine Hausväter-Sitzung statt, die sich mit der Beratung über eine Schule beschäftigen soll. Die Arbeiter seien darauf besonders hingewiesen.

*** „Schlagt ihn tot, den Hund, er ist ein Rezensent!“** An dieses Dichterwort wird man erinnert, wenn man das Satyrspiel verfolgt, welches sich an eine Musikausführung des Vaterländischen Frauen-Vereins in Waldenburg angeschlossen. Wie das so üblich, wünschten die Veranstalter solcher Feste auch eine „Vorsprechung“ im Lokalblatt. Natürlich, wozu wäre denn das Blatt da, wenn es nicht mal die Veranstaltung der Honoratioren „besprechen“ d. h. loben wollte. Aber wenn es gewagt wird, die Vorsprechung auch ein wenig „kritisch“ zu gestalten, dann ist Polland in Wälden! Hat da für das „Waldenburger Wochenblatt“, ein Allerweltsblatt böbster Firma, der ständige Musikrezensent auch über die erwähnte Wohlthatigkeitsveranstaltung berichtet. Seine Bemerkungen über das Orchester und die Solisten haben nun garnicht in den betroffenen Kreisen gefallen und eine „Protest-Erklärung“ im „Waldenburger Wochenblatt“ war die nächste Antwort darauf. Selbstverständlich war diese Erklärung, die vom Staatsanwalt Eisner, Justizrat Friederici, Amtsgerichtsrat Hahn und Gymnasialdirektor Dr. Böttcher unterzeichnet war, mit scharfen Wendungen gegen den Rezensenten gepfeffert. Ein analogisches Blatt hätte solche Ohrfeigen für seinen eigenen Mitarbeiter wahrscheinlich gar nicht aufgetrieben, sondern erklärt, daß es publizistische Pflicht der Zeitung sei, ohne Ansehen der Person zu berichten, auch wenn es den Herren unangenehm sei. Aber solche Auffassung findet man bei den Wurstblättern nicht. Nein, als vielmehr der Rezensent mit einer Gegenklärung kam, da schnitt ihm die Redaktion das Wort ab und erklärte, sie habe sich den Honoratioren gegenüber verpflichtet, dem eigenen Mitarbeiter das Wort nicht zu geben. Der muß sich nun mit seiner Abwehr in eine andere Zeitung flüchten. Die Leser aber werden denken: Was haben wir doch für eine unparteiische Zeitung!!

*** Zwei Hausbesitzer im Streit.** Nach fünfvierteljähriger Dauer hat gestern der Prozeß des Hausdauhfabrikanten Böffert, Eigentümers des Hauses Neue Schweidnitzerstraße 16, gegen seinen Nachbar, den als Eigentümer des Palastrestaurants eingetragenen Kaufmann Branis, durch Urteil des Landgerichts einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Kläger hatte behauptet, daß durch die Beleuchtungsanlagen des Palastrestaurants Erschütterungen und Geräusche entstanden, welche die Nachtruhe der Mieter seines Hauses störten und dadurch sein Grundstück entwerteten; er verlangte deshalb Beseitigung der Maschinenanlage und Befestigung einer Konventionalkraße, welche der Verklagte für jeden weiteren Fall der Störung der Nachbarschaft zahlen sollte. In der Folge schränkte er jedoch seine Klage auf das Verlangen ein, daß der Verklagte Vorkehrungen treffe, um das Geräusch auf ein erträgliches Maß herabzumindern. Gemäß diesem Antrage hat nun die vierte Zivilkammer des Landgerichts den Verklagten verurteilt und ihm die Kosten des Rechtsstreites auferlegt. Falls der Kläger noch vor Rechtskraft des Urteils dessen Durchführung im Wege der Zwangsvollstreckung verlangt, hat er laut Verfügung des Gerichts 50.000 Mark Sicherheit zu hinterlegen.

*** Bei 17 Pfennigen Stundenlohn Zweigennerjäder** schleppen sollte bei den schlesischen Emailierwerken „Eilefia“ ein etwa 18-jähriger Arbeiter. Derselbe war als Gehilfe für den Brennereien angenommen worden, sollte dann aber auch ankommendes Email vom Wagen abladen und nach dem Schuppen tragen. Dasselbe ist in Süde zu zwei Ventnern gefüllt. Einmal hatte nun der junge Mensch die Arbeit verweigert, das zweite Mal aber weigerte er sich dessen, da er nicht Lust habe, zum Krüppel zu werden. Er wurde deshalb wegen „beharrlicher Verweigerung“ der Arbeit §§ 123, 124 N.-G.-O. ohne Rindigung entlassen. Vor dem Gewerbegericht verlangte nun der Arbeiter 238 Mk. Restlohn und 10 Mark Lohnentziehung wegen widerrechtlicher Entlassung. Hier wurde die Firma vom Vorsitzenden dahin belehrt, daß man eine derartige Arbeitsleistung wohl von einem ausgewachsenen Manne, den man hierzu engagiert hat, nicht aber von einem jungen unentwickelten Menschen verlangen kann. Die Parteien einigten sich auf den Betrag von 838 Mk.

*** Vom Hirtus Buch.** Die verschönernde Umgestaltung des Hirtus Buchs geht nunmehr der Vollendung entgegen. Unter der

Leitung des ersten Geschäftsführers Herrn K. in zwei Monaten eine umfangreiche Arbeit bewältigt werden: Hirtus Buch der Provinz, umfassende elektrische Revisionen zum Zwecke großer Beleuchtungs-Effekte, Renovierung der Saaldecken u. dergleichen schwierig gehaltenen die Vorarbeiten für die große Prachtphantasie „Kondyle“, die Kommissionsrat Bach für Breslau in Aussicht genommen hat. Hierfür bedurfte es großer und komplizierter Kabinenbauten, einer Umgestaltung des Mensagabbaus und sonstiger anderer technischer Neuerungen. Die neue Phantomsie, die das moderne Goldbarüberleben Lasten behandelt, soll eine der schönsten und am reichsten ausgestatteten sein, die je im Hirtus Buch in Szene gegangen sind. Der Hirtus, der augenblicklich in Berlin sich großen Erfolges erfreut, eröffnet seine hiesigen Vorstellungen in den ersten Tagen des März.

*** Jungentgleisung.** Donnerstag Abend sind auf dem Bahnhof Wallmig, wahrscheinlich infolge falscher Weichenstellung acht Wagen eines Güterzuges entgleist. Mehrere Wagen wurden zertrümmert, sodas der Materialschaden nicht unbedeutend ist. Personen vom Fahrpersonal wurden bei der Entgleisung nicht verletzt.

Landeshut, 16. Februar. Im Staate der christlichen Nächstenliebe. Vor dem Bezirklichen Bezirks-Ausschuß klagte der Magistrat in Landeshut wider den Magistrat in Cüstrin wegen Ausweisung der Witwe eines sächsischen Beamten, der im Sommer 1903 in Landeshut gestorben war und außer der Witwe noch zwei Kinder hinterlassen hatte. Die hinterlassene Familie mußte von der Stadt unterstellt werden, und da der Verstorbene in Cüstrin heimatsberechtigt war, so wurde die Stadtdienerin E. Hirtin zu Erziehungsbeihilfen herangezogen. Nun verlangte der Magistrat von Cüstrin, daß Landeshut die Familie aus Cüstrin solle; die Familie könne eben so gut (!) in Cüstrin wohnen und Arbeit finden, außerdem würde die Familie auch aus Stützungsmitteln unterstützt werden. Der Magistrat Landeshut hingegen beantragte, daß die Familie in Landeshut verbleiben dürfe. Der Bezirks-Ausschuß hatte aber durch Vorbescheid den Antrag Landeshut abgelehnt, (!) da die Witwe ebenso gut in Cüstrin wie in Landeshut Arbeit und Verdienst finden werde. Nunmehr hatte Landeshut auf unklare Verhandlung vor dem Bezirks-Ausschuß angetragen, und der Bürgermeister von Landeshut war in einer früheren Sitzung sehr warm für die Familie eingetreten, deren Verbleiben in Landeshut er als eine Existenzfrage für sie bezeichnet hatte; die Witwe, eine Lehrerschülerin, habe in Landeshut viel Sympathien, auch werde die Familie vor vielen Seiten, namentlich von Beamten-Vereinigungen unterstützt; jedenfalls dürfte die Familie in Landeshut viel besser untergebracht sein, als in Cüstrin, wo sie keinen Ansehluß habe. Nach weiterer Bemerkungnahme nahm nunmehr der Bezirks-Ausschuß an, daß die Ausweisung der Familie für diese doch eine Härte bedeuten würde. Der Bezirks-Ausschuß hob daher seinen Vorbescheid auf und erkannte dahin, daß die Familie in Landeshut zu verbleiben habe. Der Verpflegungssatz, welchen Cüstrin an Landeshut zu zahlen hat, wurde auf 6 Mark pro Monat festgesetzt und dem Magistrat in Cüstrin die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Oppeln, 16. Februar. Die Fahne des Kriegervereins in Alt-Schallowitz wurde eines Tages, als jener Verein sich zu Kaisers Geburtstag in der Kirche befand, aus der Vorhalle der Kirche gestohlen. Als Täter stellte sich der Bauer Jakob Rania heraus. Nachdem das Schöffengericht sich für unzuständig erklärte, hat das Landgericht Oppeln Rania wegen Diebstahls und Vergehens gegen die Religion (er war musiziert in die Kirche eingedrungen) an sechs Monaten Gefängnis (!) verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte K. Revision eingelegt, welche aber das Reichsgericht verworfen hat.

Kattowitz, 16. Februar. Im Sozialdemokratischen Verein verlesene Genosse Bruch unter lebhaftem Beifall über „Maxim Gorkis Leben und Werte“. Er schilderte den bewegten Lebensgang des großen Dichters des russischen Proletariats und brachte einige Schilderungen Gorkis aus seiner Jagdunruhezeit, sowie einige packende Szenen aus dem „Nachtschiff“ zur Vortellung. Am Punkt „Reichstagswahl in Kattowitz-Bezirk“ wurde beschlossen, ein Wahlkomitee für den ganzen Kreis zu wählen, das zur Hälfte aus Mitgliedern der deutschen, zur anderen Hälfte aus Mitgliedern der polnischen Parteiorganisation zusammengesetzt ist. Gemeldet wurden vom Sozialdemokratischen Verein die Genossen Baude, Bruch und Ciommer. Eine Anzahl Genossen trat nach Schluß der sehr gut besuchten Versammlung dem Verein als Mitglieder bei.

Aus der Provinz Posen.

Bromberg, 17. Februar. Schwerkverunglückt ist am Mittwoch die Schülerin A. Vogelsang in Schwilz-Abbau dadurch, daß sie mit der rechten Hand in das Getriebe einer Häckselmaschine geriet, wobei die Sehnen und Adern der Hand durchschnitten wurden. Die Verunfallte wurde nach dem Krankenhaus transportiert. Weitere Umfragen. Mittels Erlasses sind die gegenwärtigen Namen der im Kreise Kolmar in Posen belegenen Landgemeinden Strosowo in „Kirchdorf“ und Chreskowo in „Hohenbock“ umgeändert worden.

Ostrowo, 16. Februar. Als eine Rabenmutter hat sich im benachbarten Dorfe Rossolich eine Arbeiterfrau benommen. Ihr zähriges Kind kam, während sie sich in ein Nachbarhaus begeben hatte, dem brennenden Ofen so nahe, daß die Kleider Feuer fingen. Als die Mutter zurückkehrte, fand sie das Kind in Flammen stehend und vor Schmerz wimmern vor. Statt nun zunächst wenigstens den Versuch zu machen, dem Kinde zu helfen, verteilte die unnatürliche Mutter zunächst das dürftige Mobiliar aus der Wohnung. Das Kind, das inzwischen entsetzliche Brandwunden erlitten hatte, verstarb nach einigen Stunden unter furchtbaren Qualen.

Neueste Nachrichten.

Schlesische Kohle nach Russland.

Auf den beiden Verlade- und Ubergangsstationen Kattowitz und Schoppinich gelangten in den Tagen vom 1. bis einschließlich den 14. Februar dieses Jahres 45,858 Tonnen Kohle und Koks zum Versand nach Warschau, Lodz und anderen Städten Russisch-Polens.

Im Vorjahre betrug die Ausfuhr in dem gleichen Zeitraum 17,367 Tonnen; sie hat sich also um 28,491 Tonnen vermehrt. Wir bedauern, daß auf diese Weise deutsche Kohlen die Wirkung der russischen Arbeiterbewegung abschwächen.

Das Meinsidverfahren

gegen die Grimmitzhauser Weber Dacht, Schiller und Rothke ist nunmehr nach fast einjähriger Untersuchung eingeleitet worden. Die Beschuldigten waren einige Wochen in Untersuchungshaft festgehalten worden, jetzt hat sich die Straflosigkeit der Anklage herausgestellt. Es blieb also vergebliches Bemühen.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus dem russischen Hauptquartier vom 15. Februar gemeldet: Die Japaner beschossen gestern und heute den Russen-Bucht mit 87000 Geschossen und verwendeten 250 Pfund schwere Geschosse. Hieraus geht hervor, daß die Belagerungs-Geschütze Port Arthur in den Händen der Japaner aufgestellt sind. Das russische Zentrum ist dadurch in eine neue schwierige Lage gebracht.

Die Hoffnung der Bergarbeiter.

Das preussische Herrenhaus geht in Ferien. Vor Mitte März wird es nicht wieder zusammentreten; der Präsident hat zwar „gehört“, daß „einige Berggesetze“ kommen sollen, aber um solchen Quark wird das preussische Herrenhaus seine Ferien nicht kürzen. „Einige Berggesetze“, du lieber Gott, die lausen nicht davon. Ueberdies will ja auch die Regierung nicht gedrängt sein, wie jüngst Herr Müller im Abgeordnetenhaus erklärte. Es wird ein Schauspiel werden, diese Behandlung des Bergarbeiter-Schutzes im preussischen Landtage.

Aber nicht eher werden die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen, bis sie diese hochmütige Sippschaft aus dem Tempel gejagt haben. Herunter von Euren angemessenen Herrensitzen, fort mit dem Klassenparlament, fort mit der ganzen Klassenherrschaft, so werden wir den Bergarbeitern und der ganzen Arbeiterklasse in die Ohren schreien, jetzt und alle Tage; und die Arbeiter werden es hören und werden lernen, von ihrer Macht den richtigen Gebrauch zu machen. Dann wird den Herren der freche Hochmut vergehen, den sie jetzt in so aufreizender Weise hervorkehren.

Nach Dr. Kreis.

Der Ruhrbergmann ist der brutalen Wucht des schlotjunckerlichen Geldbeutels unterlegen und hat sich auf Gnade und Ungnade unterwerfen müssen. Jetzt ist der Lämmel zahm, denkt die Regierung, und läßt durch Schweinburg, den publizistischen Angestellten der Kohlenbarone, erklären, daß sie sich mit der von ihr in Aussicht gestellten Novelle zum Berggesetz, welche das Arbeitsverhältnis im Kohlenbergbau regeln soll, nicht übermäßig anstrengen werde. Es kann, so schreibt Herr Schweinburg, zur Beruhigung des Herrn Kirdorf, der seine Ungnade dem Minister von Hammerstein sehr deutlich zu erkennen gegeben hat, und der übrigen Herren mit dem großen Portemonnaie, nicht davon die Rede sein, die Vorlage etwa unter dem Gesichtswinkel der Belohnung der Arbeiter für Wiederaufnahme der Arbeit zu betrachten.

Es sollen auch nicht etwa rein theoretische Erwägungen in die Praxis eingeführt werden, sondern im wesentlichen das, was im Verordnungswege jetzt in den fiskalischen Bergwerken bereits besteht und sich dort bewährt hat, mit den notwendigen Änderungen und Ergänzungen im Wege der Gesetzgebung zum gemeinen Recht für den gesamten Bergbau gemacht werden.

Mit einem Wort: es wird nicht gar zu arg werden mit der Regierungsvorlage und die Kirdorf, Sinnes und Thymen können ruhig schlafen.

Woher kamen die Streikunterstützungen?

In einer letzten Sonntag in Essen stattgehabten Bergarbeiterversammlung wurde über das Ergebnis der Sammlungen für die Streikenden mitgeteilt, daß auf dem Bureau des Bergarbeiterverbandes, also der freien Gewerkschaft, mit dem Abschluß des Streiks, also innerhalb 4 Wochen, rund 1 Million Mark einliefen, während auf dem Bureau des christlichen Gewerksvereins in Altsen nur 172,000 Mk. eingegangen waren. Während das sozialdemokratische Berlin bisher allein über 200,000 Mk. aufbrachte, haben die gesamten bürgerlichen Parteien mit ihren millionenreichen Parteiangehörigen es nicht vermocht, ihre Sympathie für die Streikenden über einen reichen Wortschwall und eine jämmerliche finanzielle Unterstützung hinaus zu heben. Mit Artikel 1 unter der Überschrift „Was hat das Zentrum für die Bergarbeiter getan?“ hat zwar die Zentralpresse nicht gefargt, dem gegenüber steht aber die Tatsache, daß die „Merikale“ „Essener Volkszeitung“ mit ihren 46,500 Abonnenten nur 7645 Mk. für die Streikenden aufbrachte, einschließlich der von dem Verleger der „Essener Volkszeitung“ selbst gespendeten 1000 Mk., die der Kellame wegen zwei Mal im Festsdruck öffentlich

Aus aller Welt.

Guten Appetit! Im Jahre 1899 wurde in Würzburg ein Prozeß verhandelt, der schauerhafte Zustände in dortigen Bäckereien enthüllte, die später auch im Reichstage zur Sprache kamen. Wie wenig sich indes seitdem die Verhältnisse gebessert haben, geht aus nachstehendem hervor: In einer leghin stattgehabten Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß ein Bäckermeister Grünwald ein größeres Quantum verdorbenen Mehles verbaden hat. Der Beamte, der die Kontrolle vorzunehmen hatte, erklärte: „Das Mehl in den Säcken war mit Würmern durchsetzt; der Boden war sehr dreckig, Nachtreter und Tücher sahen löffelwarz aus, so daß der Mann eher einem Sanktall als einer Backstube gleich.“ Wie ferner festgestellt wurde, ist das Bett des Gehilfen innerhalb 5 bis 6 Wochen nur etwa fünfmal gemacht worden. Der Bäckermeister erklärte allerdings: „Das Bett wurde öfters gemacht, aber mein Hund legte sich immer hinein, deshalb sah es so ungemacht aus.“ Das Hundelager diente also dem Gehilfen als Lagerstätte! Gewiß recht idyllische Zustände, die da enthüllt wurden! Der Bäckermeister wurde für seine Schmutzereien in eine Geldstrafe von 25 Mark genommen. Ein anderer Bäckermeister, Ernst Kliff, wurde zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt, weil seine Schüsseln und Töpfe in einem außerordentlich dreckigen Zustande gefunden wurden. — Billig genug sind diese Schweinigel weggenommen.

Die aufgeschobene Hinrichtung. Zu diesem bereits gemeldeten Vorfall wird noch aus München bekannt: Wegen Doppelmordes an der Witwe Glasl und deren Enkel sollte der Schneider Kramfeder hingerichtet werden. Dem Staatsanwalt hatte er seine Unschuld beteuert und erklärt, daß ein gewisser Huber der Täter sei. Der Verurteilte hatte Dienstag Abend persönlich sein Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens eingereicht und damit begründet, daß er bei dem Doppelmord als Täter nicht in Betracht kommen könne, er habe bei dem Verbrechen nur als Dieb mitgewirkt, und nach den von einem gewissen Josef Huber ausgeführten Morden die bei ihm vorgefundenen Schmutzgegenstände und Werkzeuge, sowie die beiden Sparschneidmesser gestohlen. Der Mörder Huber sei ein Mann, der mit ihm auf der Militärstrafgefängnis-Anstalt eine längere Freiheitsstrafe verbüßt und mit ihm die Zelle geteilt habe. Der von ihm, Kramfeder, in der Verhandlung vorgebrachte Neumann aus Frieberg sei dieser Huber. Er habe damals einen falschen Namen angegeben.

quittiert wurden. Da die Eigentümer der „Essener Volkszeitung“ 150,000 Mark jährlichen Reingewinn versteuern, die ihnen fast nur von Arbeitern eingebracht werden, so läßt sich daran und an der reiflichsten Ausnutzung der Spende erkennen, welche Motive die Spender leiteten, insbesondere da auch Kardinal-Erzbischof Fischer 1000 Mark bereits gespendet hat.

Gemeinde und Bergarbeiter.

In der Gemeinderatsitzung zu Stuttgart wurde nach längerer Erörterung auf Antrag eines sozialistischen Gemeinderatsmitgliedes beschlossen, der notleidenden Bergarbeiterschaft des Ruhrgebietes eine Unterstützung von 5000 Mark städtischerseits zu bewilligen. Für den Antrag stimmten 14, dagegen 6 Mitglieder. — Etwas mehr soziales Gefühl als in Breslau ist bei den Süddeutschen zu Hause.

Der Magistrat der Stadt Fürth hat den sozialdemokratischen Antrag, 2000 Mark für die ausständigen Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu bewilligen, mit allen gegen die fünf Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. — In Fürth herrscht wie in Breslau das freisinnige Regiment.

Das Ende.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Im Ruhrrevier kann der Ausstand allgemein als beendet angesehen werden, nachdem in der Frühlicht am 15. Februar nur noch 2176 Mann fehlten. Im Bergrevier Kattbor waren am 15. Februar noch insgesamt 2636 Mann ausständig.

Die russische Bewegung.

Wie die Polizei haust.

darüber geben Privatbriefe von verschiedenen Seiten Aufschluß, die solche Schreckenstaten enthüllen, daß man an ihrer Wahrheit zweifeln würde, wenn die berichteten Tatsachen nicht eben von verschiedenen Seiten gleichzeitig berichtet würden. Dem „Vorwärts“ wird neben anderen folgender Briefen aus Moshlewo am Dniepr zum Abdruck übergeben:

Sonntag, den 5. Februar.

Bei uns in Moshlewo ist das mittelalterliche Folterkellyem wieder eingeführt worden. Nach den Petersburger Ereignissen brachen hier einige kleinere Streiks aus, und Donnerstag, am 2. Februar, sollte eine Demonstration stattfinden. Sie blieb aber aus, da in allen Höfen Militär verpostet war. An diesem Tage begann die Orgie der Polizeibesatzung. Ohne jedweden Anlaß wurden friebliche Passanten von der Straße her nach der Polizeistation geschleppt und dort in der barbarischsten Weise zugerichtet. Die raffinirtesten Martern wurden erdosen. Fast und absichtlich wurden den unglücklichen Arme und Weine gebrochen. Am Freitag und Sonnabend wurden circa 100 Personen auf diese Weise zu Krüppeln gemacht.

Die Folterprozedur ging folgendermaßen vor sich. Man brachte erst die unglücklichen Opfer zum Polizeileutnant und dort wurden ihre Namen notiert. Dann begegnete ihnen an der Treppe eine Gruppe Polizisten, welche sie bis zur Bewußtlosigkeit schlugen; nachdem man die Opfer halb zu Tode geprügelt hatte, warf man sie die Treppe hinunter, wo sie von einer anderen Gruppe Polizisten empfangen wurden, welche mit blankem Säbel auf sie einhieb. Endlich lieferte man sie den im Hofe postierten Soldaten aus, welche mit ihren Gewehren den unglücklichen die Augen ausstachen, Arme, Beine und die Finger an der Hand brachen. Ein unbeschreibliches Schreien und Schreien war auf der ganzen Straße zu hören. Aber es war unmöglich, ihnen zu helfen. Zwei Ärzte wandten sich an den Polizeimeister, aber derselbe schrie sie mit den Worten an: „Ich kenne Euch, Ihr seid alle Demokraten. Man sollte Euch tüchtig durchbläuen. Jetzt ist, Gott sei Dank, andere Zeit, Swiatopolk ist nicht mehr Minister!“

Einige junge Mädchen wurden in schimpflichster Weise be-

handelt, einige wurden fast zu Tode geprügelt. Eine ohne Bewußtsein Daliegende warf man den Hund vor. Einige Opfer liegen bereits in der Todesagonie. Die übrigen sind alle Krüppel.

In der Stadt herrscht eine unbeschreibliche Panik. Keiner ist seines Lebens sicher. Jeden Augenblick wird man auf der Straße angehalten und die Polizei befehlt, diese oder jene Straße gar nicht zu betreten.

O, Ihr könnt Euch nicht vorstellen, wie sich die wilden Polizeibesatzungen über den neuen blutdürstigen Kurs freuen! Als Swiatopolk Minister war, mußten sie gewissermaßen ihre wilden Gelüste zähmen.

Die beschriebenen Greuel werden an ganz unbeteiligten Personen, die jeder Bewegung fern sind und nichts mit „Demokraten“ gemein haben, verübt. Ein alter grauer Jude, Kreinitz, wurde Sonnabend in einer persönlichen Angelegenheit nach dem Polizeibureau. Er wurde da ergriffen und so barbarisch geschlagen, daß er in Todesgefahr kam; das Nasenbein wurde ihm völlig zerplatzt. Einem 14jährigen Jungen wurden beide Arme gebrochen. Dieser Junge hatte das Unglück, am Sonnabend die Straße zu passieren und des Polizeileutnants Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Man schleppt nach der Folterkammer der Polizeimache jeden Juden, welchen irgend ein Schutzmännchen anzeigt. Die Schutzleute bekommen dafür eine Extrabefehlzung, und darum ist ihr Eifer so groß.

Die Bewegung in Polen.

Nach amtlichen Angaben ist in Lublitz die Arbeit in 280 Fabriken wieder aufgenommen. In einigen Fabriken ist die Arbeiterzahl noch nicht wieder vollständig.

In Sosnowice fand eine Versammlung von bedeutenden Industriellen des Ortes und der Umgegend statt, die resultatlos verlief. Der Ausstand dauert fort und soll, wie es heißt, nicht vor 14 Tagen beendet werden.

Arbeitgeber für politische Reformen.

Die Vertreter der Industrie, welche in Warschau zusammengetreten waren, um über die Mittel zu beraten, durch welche das Los der Arbeiterbevölkerung verbessert werden könnte, und um die Ereignisse der letzten Zeiten zu besprechen, kamen einmütig zu folgenden Beschlüssen:

Der allgemeine Anstand, bei dem die Arbeiter nicht nur die Arbeit einstellen, sondern auch Forderungen sozialer und wirtschaftlicher Art stellen, ist nicht ein Ergebnis von Beziehungen der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern, sondern zum großen Teil in Ursachen begründet, die außerhalb der Sphäre der Lässigkeit der Arbeitgeber liegen. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist möglich vor allem auf der Grundlage von sozialen Reformen, welche beiden Teilen das Recht der Vereins- und Versammlungsfreiheit verschaffen; denn die Arbeitsbedingungen können dann auf dem Wege der öffentlichen Uebereinkunft statt durch Zwangsmaßnahmen gebessert werden. Mit diesen Rechten ist es behufs Entwicklung der Kultur des Landes eng verknüpft, daß der Schulunterricht der Arbeiterklasse verbessert und der Unterricht in der betreffenden Volkssprache erteilt werden muß.

Apothekerstreik.

In Charkow wurde die Arbeit in allen Apotheken eingestellt. Die Forderungen der Apotheker, sie einmal täglich abzulösen, wurde von den Apothekenbesitzern angestanden. In den Lokomotivfabriken ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auch in Odessa haben die Apothekergehilfen die Arbeit eingestellt. Sie richteten dieselben Forderungen für die Wiederaufnahme der Arbeit an die Arbeitgeber wie ihre Kollegen in Charkow. Außerdem wünschen sie bessere Wohnungsverhältnisse.

Rußland und Japan.

„Unmilitärische Mittel.“

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus Juanschan: Während der drei letzten Wochen warfen die Japaner Briefe in unsere Stellungen, in denen sie unter großen Uebertreibungen Mitteilungen von den Vorgängen im Innern Rußland machten, die Zustände

waren bereits zwei Mann der Besatzung infolge der Kälte gestorben. Ein dritter war erkrankt.

30 Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern angebracht hat die 53 Jahre alte Arbeiterin Auguste Rosmann, die von der Strafkammer I des Landgerichts zu Stettin wegen wiederholter Taschendiebstähle abermals zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Wenn sie das Zuchthaus nach Verbüßung der über sie verhängten Strafe verläßt, wird sie 56 Jahre alt sein und 33 davon hinter den Gefängnismauern verbracht haben. — So werden die Sünden des kapitalistischen Klassenstaates heimgesucht an denjenigen, die Not, Krankheit, Elend und Verzweiflung auf die Bahn des Verbrechens und ins Zuchthaus führt. Wer aber trägt die Hauptschuld?

Auf Befehl seines Unteroffiziers auf einen Kameraden geschossen hat der Rekrut Birnbaum vom Marine-Regiment in Ulm. Bei einer Schießübung im Kasernenhof trat der Mann Gabler in die Nähe der Zielscheibe. Der Unteroffizier Marx befahl dem Rekruten Birnbaum: Schieß auf ihn! Birnbaum führte den Befehl aus, als er wiederholt wurde, und traf den Kameraden in die Schulter. Vor dem Kriegsgericht in Ulm erklärte Birnbaum, er sei der Ansicht gewesen, wenn sein Unteroffizier ihm zweimal den Befehl zu schießen erteile, könne eine Gefahr für Gabler nicht vorhanden sein. Der Unteroffizier Marx erklärte, er habe nur die Absicht gehabt, Gabler einzuschüchtern. Daß Birnbaum loschießen würde, habe er nicht geglaubt. Das Gericht sprach, nach der „Volksgg.“, Birnbaum frei und verurteilte Marx nur zu 45 Tagen Gefängnis. Zu seinem Gunsten wurde die gute militärische Führung, seine Versicherung, daß er Gabler nicht habe verletzen wollen, und die schnelle Heilung der Wunde angenommen.

Explosion auf einem Unterseeboot. An Bord des Unterseebootes 5 in Queenstown (Irland) ereigneten sich zwei Explosionen, durch welche vier Mann getötet und zwei verletzt wurden.

Eine Familientragödie. Der Besitzer des Hotel Royal in Düsseldorf erschoss seine Frau, seine beiden Kinder und sich selbst. Zerrüttete Vermögensverhältnisse sollen die Veranlassung zu der

keinen Preis habe verraten wollen. Da die Staatsanwaltschaft von vornherein den Verdacht gehabt hatte, daß zwei Personen an der Tat beteiligt wären, ließ sie sofort telegraphische Recherchen vblegen. Es ergab sich die Wichtigkeit der Aufgabe des Akramfeder bezüglich des Huber insoweit, als festgestellt wurde, daß die beiden gemeinsam eine Dastirreise verübt hätten. Am Morgen wurden in Stadelheim alle Vorereichtungen zur Hinrichtung getroffen. Die aus der Bürgerwehr abgeordneten Uebungsleute waren im Hofe der Anstalt erschienen, der Leichenwagen stand bereit, der Scharfrichter prüfte gegen 7/7 Uhr die Guillotine, alles wartete auf die Exekution. Es schlug 7 Uhr, aber die Akramfeder wurde benannt nicht zu hängen, der Verurteilte wurde nicht herausgeführt, die Richter zogen sich nicht. Nach zehn Minuten trat dann der Staatsanwalt heraus und teilte den Anwesenden mit, die Hinrichtung könne nicht stattfinden, die Wiederaufnahme des Verfahrens sei vom Gerichtshof beschlossen worden. Nicht amütsant ist, daß Akramfeder in den Briefen an seine Angehörigen gar nichts von seiner angeblichen Unschuld erwähnte. Die neuesten Nachrichten glauben Grund zur Annahme zu haben, daß Akramfeder bei dem Doppelmord nicht als alleiniger, sondern als Mittäter in Betracht kommen dürfte. Jedemfalls steht die Sicherung eines Todesurteils in einige Stunden vor der Hinrichtung in den Annalen der Justiz einzig da.

Furchtbar ist der Gedanke, daß auf ein Paar Akramfeder das Opfer eines Justizmordes geworden wäre, falls sich dessen Unschuld tatsächlich herausstellen sollte.

Unschuldig verurteilt! Zwei Monate Gefängnis unschuldig verübt hat der Schneidermeister Jungwinkl in Godesbach. Er war nach der „Frankf. Ztg.“ zu dieser Strafe im März 1903 wegen schwerer Körperverletzung trotz Beteuerung seiner Unschuld verurteilt worden. Im Wiederaufnahme-Verfahren wurde er freigesprochen, weil ihm der Nachweis gelang, daß er bei der Schlägerei bei der er die Körperverletzung verübt haben sollte, gar nicht beteiligt war.

Der vor 2 Jahren wegen Sittlichkeitsverbrechen zu mehrjähriger Freiheitsstrafe verurteilte Lehrer Dannemann in Acherleben ist nach der „Voss. Ztg.“ auf freien Fuß gesetzt worden. Das Wiederaufnahmeverfahren ist eingeleitet, das seine Unschuld beweisen soll.

Versehen. Der russische Schooner „Anna Maria“ aus Riga ist, wie aus Gothenburg gebräht wird, in der Nacht zum Sonnabend südlich von Grundlande aufgelaufen. Der Schooner zerbrach an den Klippen; doch gelang es der aus sieben Mann bestehenden Besatzung, sich auf Wadstücken auf eine Klippe zu retten. Hier

in Japan priesen, um die Soldaten aufzufordern, sich zu ergeben. Auch wurden Anführer aus Japan befestigt, auf denen die Lage der russischen Kriegsgefangenen anschaulich gemacht wird.

Um dem Einhalt zu gebieten, wurden russischerseits an die Japaner Briefe geschickt, in denen es heißt: Wir sind erschauert, daß ihr un militärische Mittel anwendet; wir kennen nur ein Mittel: den Kampf.

Als militärisch zulässiges Mittel gilt in Russland nun das Niederschießen von wehrlosen Männern, Frauen und Kindern.

Das Abgeordnetenhaus

Legte am 16. Februar die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort. In den einzelnen Kapiteln: Statistisches Bureau, Standesämter, Landratsämter wurden Wünsche beantragt, die dem Voranschritt, deren Berücksichtigung oder Abweisung von dem Regimentsverwalter zugeteilt wurden. Die Voten führten u. a. die Wünsche darüber, daß die Standesämter sich weigern, die polnischen Namen zu eintragen, wie sie der polnischen Sprache entsprechend üblich seien. Der konservative v. Brandenstein entgegnete sich — natürlich! — als ein schneidiger Korpskandidat und entgegnete sich darüber, daß Herold (Zentr.) behauptete, diese kämen mit Hilfe einer Gesehedelegierung vorwärts. Er fügt dann ein Loblied auf das Quell, das bei den Korpsstudenten ebenfalls üblich sei wie bei dem Offizierskorps. Der Abg. Herold tritt ihm entgegen. Der Abg. v. Brandenstein (Zentr.) verlangt in getreuer Nachahmung seines Parteifreundes Koenen energisches Einschreiten gegen die Ausstellung unrichtiger Schriften und Bilder in den Berliner Schaufenstern. Der Abg. v. Bapst weist ihm beschweigt sich, daß durch die Zusammenziehung der Polizei im Streikverbot die politischen Verhältnisse der Provinzen verschlechtert seien. — Die Weiterberatung wird auf Sonnabend vertagt.

Das Herrenhaus

beschäftigte sich am 16. Februar mit der Vorlage betreffend Regelung der Hochwasser-, Deich- und Dorslauer Verhältnisse an der oberen und mittleren Oder. Der Oberbürgermeister v. Dender-Prökel verlangte u. a., daß nicht die Provinz Sachsen sondern der Staat die Kosten für die Meliorationsarbeiten übernimmt. Weiterer sei dazu verpflichtet, nach unentgeltlicher Debatte wird die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen. Sodann kam die von dem Kaiser so weitest bekannte Kanalarvorlage zur Beratung, die nachdem sie diese total verneinend, nur noch für die oberen Oderländer erhoben. Die Juncker dürften frohlocken über eine solche Regierung. Graf Pöhlow hat seine bekannte Rede, in der die Worte von „großes Werk“, verdient machen“ verkommen und die Juncker gerühmt waren. Wer laßt da? Schließlich wurde der Stummel an eine Kommission von 25 Mitgliedern verwiesen.

Arbeiterbewegung.

Die internationale Transportsarbeiter-Föderation macht jetzt seit sie unter deutscher Leitung steht, erhebliche Fortschritte. Es zählten ihr Ende 1904 annähernd 130.000 Mitglieder an, davon waren allerdings 20.000 mit ihren Verwandten im Ausland. Da am 1. Januar 1905 die Vereinigung der amerikanischen Schiffsleute, Transportsarbeiter und Seelen mit 50.000 Mitgliedern beigetreten ist, so zählten nunmehr der internationalen Föderation gegen 180.000 Mitglieder an.

Der Kampf in der Berliner Gelbmetallindustrie neigt sich seinem Ende zu. Die Arbeiter haben den antragenden Kommissionen geantwortet, daß sie bereit seien, zu verhandeln, sie haben aber daran auch die Bedingung geknüpft, daß die Arbeiter vorher die Arbeit aufhören und den bekannten Reviers unterzeichnen, der die Arbeiter zu Mitgliedern der Arbeitslosenversicherung ihrer Niederlassung machen. Die streikenden und ausgebehalten Gelbmetallarbeiter haben bei dieser Gelegenheit den Streik aufgehoben. Er hat aber die Arbeiter nicht gelöst und kann bei der augenblicklichen Sachlage in der Gelbmetallindustrie nur mit einem Opfer an Geld in mindestens derselben Höhe noch weitergeführt werden.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 17. Februar.

Den Alkoholentzwei Weinern auch die preussischen Minister in der zu großem Gehalt zu sehen. Der Kultusminister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe haben an die Oberpräsidenten einen gemeinsamen Erlaß verfaßt in dem um ein Gutachten über Alkohol im Branntweinhandel, die in einem an die Minister gelangten Bericht namentlich hinsichtlich der Verhältnisse der geringeren Arbeiter zur Trunksucht behauptet werden war, und gegebenen Falles auch um eine Neuerung über die Zweckmäßigkeit der Einführung einer von dem Bedürfnis abhängigen Erlaubnis zum Flaschenhandel erlaßt wurde.

Drei Ministerialräte v. von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft zum Gegenstand der Beratung sowohl mit Sachverständigen als auch mit mehreren des Kollegiums gemacht worden. Dabei ist die Überzeugung zum Ausdruck gekommen, daß sowohl die und seine Vorteile in Frage kommen, sein Grund vornehmlich durch die Überzeugung auf eine Einschränkung des Handels mit Alkohol zu bringen. Sie würde jedoch zur Folge haben, daß der Abzug von Branntwein aus dem Innern weniger, bevorzugen und in geringerer, unter welcher Zahl von Abzug Materialwaren, Gütern und Branntweinbrennerei. Ihren Abzug infolge dieser Maßnahme auch in allen anderen Fällen ihres Betriebes zurückgeben werde, da die Kaufmannschaft nach Maßgabe der Waren für die Rückhaltung nur bei einem Händler erlauben möchte. Da es sich nun hier um einen neuen und empfindlichen Gegenstand in die Gewerbetreibenden handelt, so empfiehlt es sich, auf der Hut zu sein.

Auch wir unterziehen die durch den Alkohol bewirkten Schädigungen gewiß nicht, glauben aber ebenfalls, daß Maßnahmen gegen den Branntweinhandel das Nützlichste wären, was getroffen kann. Es scheint übrigens, daß die preussischen Minister nur die Schädigungen an Vermögen durch den Alkohol ins Auge fassen und nicht die Schädigungen an geistiger und körperlicher Gesundheit. Andererseits wäre es Christenpflicht der Minister, in Polizeiverordnungen auch einem etwaigen Jodel im Seki- und Reinwein-Genuß zu wehren. Denn es ist bei der Gleichheit vor dem Gesetz, die laut Verfassung trotz allem noch in Preußen ganz und gäbe sein soll, gar nicht einzusehen, warum die moralische und physische Gesundheit leidender Junker und Köpflerbarone nicht ebenso hoch im Kurse stehen soll, wie die eines Flaschenbier trinkenden Bauarbeiters.

Der Gemeindefabrikantenverband veranstaltete dieser Tage eine Sitzung für die Gasarbeiter. Man beschäftigte sich dort insbesondere mit der Frage, wie die bis jetzt noch bestehende 24 stündige Schicht an Sonntagen zu beseitigen wäre. Die erfolgte Anschaffung von Ledermaschinen hatten die Gasarbeiter eher für alles andere, denn eine Gesichtspunkte. Die große Staubentwicklung, die sie verursachen, wird als sehr bedauerlich und gesundheitsgefährlich empfunden. Die Forderung der Arbeiter ist eine ungleichmäßige. Die durch die Erleichterung erzielte Röhle schneidet in der Industrie an-

kommen, sobald die Mühsamkeit mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist und große Anstrengung verursacht. Die täglich 12 stündige Schicht ist eine viel zu große Anforderung; die Arbeiter der Röhren werden nicht so geschunden, als die Arbeiter der Gaswerke, und nun noch Schichten von 24 Stunden an jedem zweiten Sonntage. Die Gasarbeiter sind der Ansicht, daß die tägliche Dauer der Schicht auf acht Stunden reduziert und die Zahl der Arbeitstage entsprechend erhöht werden muß. Sonntags, wo der Schichtwechsel erfolgt, hätte dann abwechselnd die eine Kolonne (schon) und die andere acht Stunden zu arbeiten, so daß die Arbeiter jeden dritten Sonntag frei sind.

Scharfschützen. In der Zeit vom 23. Februar bis 5. März d. J. wird bei einsetzendem Frostwetter an 6 Tagen das 4. Niederschlesische Infanterie-Regiment Nr. 51 gefechtsmäßige Schießübungen mit scharfer Munition abhalten. — Das Scharfschützen findet auf dem von den Ortsschaften Drachenbrunn, Panitzsch, Steine, Marzareth, Janowitz, Wilschowitz, Siebelschlag, Zindel, Groß-Nädlig, Klein-Nädlig und Wilschowitz umschlossenen Gelände täglich von 8 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags in der Richtung von halbwegs Chausseehaus Drachenbrunn und Wilschowitz Drachenbrunn gegen Zindel statt. Das geschützte Gelände wird durch Warnungstafeln resp. Posten abgesperrt sein. Den Weisungen der letzteren ist unbedingt Folge zu geben. Danach abgerichtet während des Schießens werden die direkten Wege: Wilschowitz—Steine, Klein-Nädlig—Siebelschlag und Wilschowitz—Zindel. Die Chausseehaus Drachenbrunn—Wilschowitz—Groß-Nädlig und Drachenbrunn—Steine—Janowitz bleiben während der Dauer der ganzen Schießübungen dem Verkehr freigegeben.

Der Schornsteinleger im Kuhstall. Der Landrat des Landkreises Breslau macht folgendes bekannt: Nachdem hier mitgeteilt worden ist, daß den Schornsteinlegern in dem Kuhstall angeordnet wird und mit Rücksicht darauf, daß dieselben bei Ausführung ihres Gewerbes eine ganze Anzahl Ortschaften in einer Gegend zu betreten pflegen, so befehlt für die Viehhalter die Befehl, daß auf diese Weise leicht die Seuche eingeschleppt werden kann. Ich warne daher davor, in Zeiten der Seuchengefahr dem Schornsteinleger-Personal in Kuhställen Nachkommen anzuweisen. Die Befehle der verschiedenen Ortschaften bzw. deren Stellvertreter dürfen ein solches Verfahren überhaupt nicht Platz greifen lassen.

Mit der Art verkehrt. Ein Schmiedelehrling in Dörfchen schlug mit der Art höflich und händelt sich tief in den rechten Fuß. Im Krankenhaus Petrus wurde dem Verunglückten Hilfe geleistet.

Das Gespann des Mittelhändlers. Am 13. d. M., Nachmittags, kam ein Kutscher mit einem zweispännigen, mit Viehlein beladenen Wagen die Größschenerstraße entlang gefahren. Die Pferde waren bereits abgetrieben, daß sie bei der Fohrgesellschaft den Wagen nicht mehr weiterziehen konnten. Das Sattelgeschirr war so lahm, daß es den rechten Hinterfuß nicht mehr gebrauchen konnte und fortgerollt einfiel. Der Zustand des Gespanns war dergestalt, daß es tödliches Mergers erregte. Das jammervolle Gespann ist Eigentum eines Fuhrwerksbesizers am Kräutergäßchen.

Das Kind und die Streichhölzer. Am 15. d. M., Nachmittags, spielte der fünf Jahre alte Knabe Wilhelm Sommer, der sich mit seinem fünf Monate alten Bruder allein in der elterlichen Wohnung Proskauerstraße 4 befand, mit Streichhölzern und setzte Kleider und Wäsche in Brand. Die Feuerwehr wurde alarmiert.

Logischwindlerin. Am 3. d. M. mietete ein Mädchen, welches sich als Gutsbesitzerstochter Anna Schmidt aus Obertruppen in Danzig ausgab, bei einer Witwe auf der Scheinmünzstraße ein Zimmer. Von einer polizeilichen Meldung rief das Mädchen zunächst ab, indem es behauptete, daß es erst den Eingang seiner Heimatspapiere abwarten müsse. Als die Frau mißtraulich wurde, entfernte sich das Mädchen, angeblich um ein Telegramm abzugeben und kam nicht mehr wieder. Nach dem Weggehen des Mädchens vernahm die Frau ein Portemonnaie, enthaltend ein Scheinmünzstück und ein Jubiläumsgeldstück. Im Betre des Mädchens fand sie dessen Handtasche und entdeckte in derselben als ihr Eigentum eine goldene Brosche und ein Hemd. In der Tasche befand sich auch ein Couvert mit der Adresse Anna Reith und ein aus Goldfäden geflochtener Ring mit einem weissen Stein. Das Mädchen war etwa 30 Jahre alt, hatte rotes Gesicht und war mit blauem Kleide, schwarzem Jaquet und grauem Hut bekleidet.

Gestohlen wurden aus dem Schulhause auf der Posenerstraße 2 Hauben, 2 Wästmützen, 1 Kopftuch und ein Haarfleisch; einem Parkiergehilfen in einem Tanzlokal ein Ueberzieher, einem Kaufmann von der Augustastrasse beim Verlassen eines Vergnügungsortes eine goldene Uhr nebst Kette im Werte von 30 Mk.

In viel Geld. Eine Kaufmannsrau von der Palmstraße hat am 14. d. M. am Schweißger Stadthaus einem Betler an Stelle einer Kupfermünze ein Goldstück gegeben.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 15. d. M. 25 Personen eingeliefert. — Gefundene wurden: ein silberner Koffer, eine silberne Hülsmembr. — Abgehundene kamen: ein Gelbmadermuff, ein schwarzer Straßendecher, eine Halsboa, eine braune Halsboa und ein Kuvert, enthaltend Papiere auf den Namen Tiede und Steinert.

Verhaftet wurde ein Mädchenlehnung wegen fortgesetzter Unterschlagung einflussreicher Geldbeträge.

Görlitz, 17. Februar. Wegen Wahlfälschung hat sich der Mechaniker Bernhard Ritsche aus Lippig-Rindena vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der 30jährige, aus Dittersbach gebürtige Angeklagte, der in dieser Anzeigenszeit bereits 29 Tage in Untersuchungshaft gesessen, soll am 16. Juni 1903 gelegentlich der Reichstagswahl hierdurch ein unrichtiges Wahlergebnis dadurch herbeigeführt haben, daß er einen Stimmzettel auf den Namen seines hier wohnenden Vaters abgab. Einem der Zeugen, Hölleferant Stank, sei die Sache auf und er stelle fest, daß nur der Name des Vaters in der Liste eingetragen war. Der Angeklagte, eine strafbare Handlung bestreitend, erklärt, daß er damals sein eigenes Wahlrecht habe ausüben wollen; nach dem Vornamen sei er überhaupt nicht gefragt worden; er habe damals bei seinem Vater in der Berlinerstraße gewohnt und sich für wahlberechtigt gehalten. Der Staatsanwalt beantragte zunächst Verurteilung der Sache, um festzustellen, ob der Angeklagte damals wahlberechtigt gewesen; die Verhandlung habe die Ansicht einer vorläufigen Fälligkeit der Wahl nicht ergeben. Falls das Gericht dies aber doch annehme, beantrage er vier Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte trotzdem den Angeklagten wegen vorläufiger Wahlfälschung zu 14 Tagen Gefängnis, machte diese Strafe aber für verfließt durch die erlittene Untersuchungshaft.

Spindelwühle, 16. Febr. Neue Arbeits-Gelagenheit. Demnach soll wieder der Betrieb in den hiesigen Bergwerken bei St. Peter (Gemeinde Spindelwühle) aufgenommen werden. Die in der letzten Zeit vorgenommenen Analysen haben nach der Reichend. Stg. ein genügendes Resultat ergeben. Man hat es mit einem mächtigen Lager Arsenik, Kupfer- und Silbererzen zu tun. Die abbaubarig erkl.

Goldberg, 16. Febr. Mit den Lehren des Bergarbeitervereins wird sich eine Volkversammlung beschäftigen. Die Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, im „Neuen Hause“ stattfinden. Referent Herr Gustav Redakteur Albert aus Breslau. Die Frauen und Männer Goldbergs und Umgegend sind sämtlich dazu eingeladen.

Brieg, den 16. Februar. Im Kampfe um den Sohn. Das Landgericht hatte den Stellenbesitzer Joseph Nowarra, seinen Ehefrau und zwei Söhne Franz und Anton wegen Widerstandes zu

Gefängnis verurteilt, die Ehefrau auch noch wegen Verleumdung. Der jüngste Sohn Theodor war gegen den Willen der Eltern, aber unter Billigung des Gemeindevorsethers in einem anderen Dorfe als Knecht in Dienst getreten. Er fühlte sich dort nicht behaglich und floh zu seinen Eltern. Gemäß den Vorschriften der Gefindeordnung sollte er zwangsweise in den Dienst zurückgeführt werden. Ein Gendarm wurde mit dieser Aufgabe betraut, stieß aber auf den Widerstand der vier Angeklagten, welche sich vor die Thür der Stube stellten, in welcher Theodor sich aufhielt. Der Gendarm wurde schließlich zur Haustür hinausgedrängt, nach dem Frau N. ihm verschiedene für den Gemeindevorsether kränkende Worte zugehen hatte. — Auf die Revision der vier Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf, soweit sie wegen Widerstandes nach § 104 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Der festgestellte Tatbestand sei nach § 113 zu beurteilen.

Bestraft werden die Leute trotzdem. Und so etwas ist möglich im zwanzigsten Jahrhundert, nicht in Rußland sondern im Lande der Dichter und Denker, das sich soeben auf die Feier des hundertjährigen Todesjubiläum eines Schiller vorbereitet.

Babze, 16. Februar. Weibe Füße abgefroren. Ein junger Mann, angeblich aus Babze, welcher von Reß kommend, nach Kaiser reisen wollte, blieb krankheitshalber unterwegs liegen. Passanten veranlaßten seine Ueberführung in das Krankenhaus in Kaiser. Seine Verletzungen an den Füßen waren aber infolge des Frostes so ernstlich, daß der eine Fuß von selbst abfiel, während der andere amputiert werden mußte. An dem Aufkommen des jungen Mannes wird gezweifelt.

Rößigshütte, 16. Februar. Im Lande der Dichter und Denker. Vor 4 Jahren trat hier, wie das „Lagebl.“ berichtet, ein total verkrüppelter, 15 Jahre alter Knabe bei einem Schuhmachermeister in die Lehre und wurde vorchriftsmäßig zur Innung angemeldet und in die Innungsrolle eingetragen. Jetzt hat der Krüppel seine Lehrzeit absolviert und sich während derselben gute praktische Kenntnisse im Schuhmacherhandwerk angeeignet; aber da er wegen seines körperlichen Zustandes wegen sowohl die Volksschule, als auch die Fortbildungsschule nicht besuchen konnte, weder schreiben noch lesen gelernt. Der Obermeister sprach den jungen Mann trotz der neuen Verfügung, die außer der praktischen eine theoretische Gefellenprüfung verlangt, in Anbetracht des hier vorliegenden außerordentlichen Verhältnisses zum Geleiten. Diese Freisprechung wurde nun von der Aufsichtsbehörde annulliert und dem Obermeister eine Rüge erteilt. Der Krüppel wird also zeitweilig als ganz untergeordneter Arbeiter sein Brot verdienen oder der Armenpflege zur Last fallen müssen.

Die Schuld an diesem überaus traurigen Vorfall trägt u. E. zum größten Teil der Meister des armen Krüppels. Wir sind der Meinung, daß es demselben sicher möglich war, den Lehrling zur Schule zu schicken — mindestens so gut, wie es ihm möglich war, sich des Lehrlings 3 volle Jahre nach jeder Richtung hin zu bedienen. Aber dem biederen Meister scheint das Lesen und Schreiben seines Lehrlings wie vielen seiner Kunst als überflüssig vorgekommen zu sein.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Die ungeheuren in den südlichen Tälern des Riesengebirges lagernden Schneemassen führten unweit vom dem Wämmelfall in **Orarshdorf** einen eigenartigen Unfall herbei. Ein beim Holzrücken beschäftigter Arbeiter wurde von den von einem Holzstoß abrollenden Schneemassen vollkommen verschüttet und es bedurfte längerer Tätigkeit herbeieilender Mitarbeiter, um den Verunglückten auszugraben und aus der Gefahr zu retten. Während dieser Unfall glücklich abfiel, wird aus der am böhmischen Ramm (im Adlergebirge) gelegenen böhmischen Ortschaft **Rokitz** eine Schneeverdrängung mit tödlichem Ausgang gemeldet. Auf dem Schulwege wurde dort die elfjährige Berta Käßner, Tochter einer Witwe, unter den Schneemassen, die von einem Dache abflüßten, begraben. Als das Mädchen dank sofort herbeigeholter Hilfe wieder ans Licht gebracht wurde, war der Tod der Verunglückten durch Erstickung bereits eingetreten. Der Architekt Paul Matten in **Gottschberg**, welcher seit zwei Jahren ein Baugeschäft betrieb und vor längerer Zeit in Zahlungsunvermögen geriet, wurde unter dem dringenden Verdachte der **Wahlfälschung** in Untersuchungshaft genommen. — Der Arbeiter Karl Motes in **Beuthen** wurde, nachdem er an seinem eigenen 6jährigen Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen begangen hatte, verhaftet. — Die Gendarmen nahmen in den Nachbarn der **Beuthen** ständig zu. In das Kreisstranlenhaus „Scharleu“ sind in letzter Zeit eine größere Anzahl erkrankter Kinder eingeliefert worden, von denen vier dieser Krankheit erlegen sind. — Ein Einwohner in **Subwitzdorf** bei Neurode, der Familienname ist, wurde wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen am 10 und 11 jährigen Schulmädchen, verhaftet und dem Neuroder Gerichtshof eingeliefert. — Der zweite, seit mehreren Jahren geluchte Wörder der beiden **Latticher** Mädchen ist in Rußland aufgegriffen und verhaftet worden. Er nennt sich Koczel. Der am 17. Juli 1898 im **Rachowitzer** Balde verübte Doppelmord ereigte damals das größte Aufsehen. Zwei junge, blühende Mädchen, Stieftochter und Tochter des Stellenbesizers Marandel aus Ralsch, hießlich, von ansehnlicher Figur und allgemein beliebt, wurden die Opfer von Instmördern. Der Tat bringend verdächtig erschienen zwei Jäger, der eine von ihnen, der Jäger Franz Woppa, wurde im Jahre 1900 verhaftet und vom Gleidener Schwurgericht wegen Totschlag zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Erst jetzt ist es gelungen, sich seines Komplizes zu bemächtigen. — Freitag vorige Woche verließ die Frau des Fabrikanten Ludwig Ruda auf einige Zeit das Zimmer. Während dessen machte sich die vierjährige Tochter am brennenden Feuer zu schaffen, wobei die Kleider Feuer fingen. Die zurückfliehende Stiefmutter fand das Kind, am ganzen Leibe verbrannt, in brennungslosem Zustande vor. Das Kind wurde sofort nach dem Huldshinshofen Krankenhaus geschafft, wo es alsbald verstarb. Ramm war dieses Kind zu Grabe getragen, als ein gleiches Unglück über die Familie des Fabrikanten Wilhelm Pachei in Richtersdorf hereinbrach. Gestern Vormittag erkrankte sich die Mutter, um eine Bedienungsstelle zu suchen, aus der Wohnung und ließ ihre zwei Kinder im Alter von zwei und vier Jahren in der verfallenen Wohnung zurück. Den Schlüssel übergab sie der Fabrikantenfrau Polozel, damit diese nach den Kindern sehe. Ramm hatte sich Frau Pachei entfernt, als Frau Polozel in der über ihr gelegenen Pachei'schen Wohnung Karos Klopfen hörte. Sie ergab sich sofort nach der Wohnung und fand das vierjährige Mädchen mit vollständig heruntergebrannten Kleidern am Fußboden liegen. Das Kind wurde nach dem Huldshinshofen Krankenhaus gebracht, wo es gestern früh verstorben ist. — Der Arbeiter Johann Baltschel in **Beuthen** hatte sich, um sich vor Kälte zu schützen, auf eine im Stabteil Schwarzwaldbesitz befindliche Schladenhäule gelegt. Vorgefunden Vormittags wurde er erstickt und halbtotbrannt aufgefunden. — In **Beuthen** ist der Hülfehändler Josef Frost vom Dache des Stahlwerks Friedenshütte herabgefallen. Er zog sich dergestalt schwere Verletzungen zu, daß er bald darauf starb. — In Abwesenheit der Frau zog der Hülfehändler Kommandant zu **Wipine** Petroleum auf das Feuer, die Flamme schloß sich und brachte die Petroleumlampe in der Hand des Mannes zur Explosion. Im Augenblick stand das dicht dabei stehende dreijährige Mädchen in hellen Flammen. Dergestalt das Feuer bald erlosch wurde, erlitt das Kind doch bedeutende Brandwunden, denen es nach kurzer Zeit erlag. Auch der unvorsichtige Mann trug schwere Verletzungen davon jedoch sind diese nicht lebensgefährlich.